Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53. Dienstag, den 4. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zur Heeresvorlage.

Die neue Heeresvorlage wird in den führenden Blättern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Kräftige Worte findet die „Frankfurter Zeitung“, das Frankfurter Kapitalistenblatt, das sich u. a. wie folgt ausläßt:

„Jetzt soll für eine Militärvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke nach den bisherigen Mitteilungen um weitere 50 000 Mann erhöhen soll, allein an einmaligen Ausgaben eine Milliarde gefordert werden. Das geht so sehr über alles das hinaus, was man bisher für möglich gehalten hat. Hier ist über die Grenze des finanziell allenfalls noch Zulässigen weit hinausgegangen worden. Nach dieser Höhe der einmaligen Forderungen, über die man vor einigen Wochen noch gelacht haben würde, muß man mit gesteigerter Besorgnis der geforderten Vermehrung der dauernden Ausgaben entgegensehen, die anscheinend das Vierfache dessen betragen, was anfangs als Höchstsumme angesehen wurde.

Die Regierung hat sich offenbar gescheut, beizeiten ihre Absichten in vollem Umfange bekannt zu geben. Es ist versucht worden, ohne Angabe der Endsumme Stimmung für die militärischen Forderungen zu machen. Aber diese Stimmung wird nun, wo man etwas Genaueres über die Lasten erfährt, stark abgeschwächt und in vielen Kreisen in das direkte Gegenteil umschlagen . . .

Der Eindruck ist nicht abzuweisen, daß es im Grunde mehr frühere Agitation als neue Erfahrungen gewesen sind, welche den Umschwung der Meinungen durchgesetzt haben. Der Wehrverein hat obgesiegt, und nachdem einmal die einflußreichen Persönlichkeiten dafür gewonnen waren, haben die Leiter der Regierung einen Widerspruch gar nicht mehr gewagt. Es scheint, daß weder der Reichskanzler, noch auch der Staatssekretär des Reichsschatzamtes irgendein Bedenken geltend gemacht haben, obgleich die volle Lösung der Deckungsfrage vermutlich auch jetzt noch nicht gefunden ist. Alles ist so schnell gegangen, daß man diese finanzielle Vorfrage erst an den Schluß gestellt hat. Die militärischen Instanzen allein entscheiden. Sie suchen vielleicht jetzt noch, was sich etwa noch an Forderungen hineinbringen ließe. Aber immer wieder muß gefragt werden, weshalb denn eine so exzessive Rüstungssteigerung notwendig sein soll, für die durchschlagende Gründe nicht angegeben sind.

Nach einem Vergleich der deutschen Heeresstärke mit denen anderer Nationen fährt das Blatt fort:

An Aufwendungen für Heer und Marine aber leistet Deutschland zurzeit verhältnismäßig am meisten. Seine Aufwendungen für Heer und Flotte ohne Pensionen, ohne den militärischen Anteil an den Reichsschulden betragen rund 1400 Millionen Mark, ungefähr soviel wie diejenigen Rußlands und Englands, während Frankreich etwas über 1000 Millionen, Italien 5—600 Millionen, Österreich 5—600 Millionen aufwenden. Im Vergleich zum Gesamtbudget stellen sich die deutschen Militärausgaben noch erheblicher dar, weil sie etwa die Hälfte der Gesamtausgaben darstellen, in den meisten anderen Ländern aber nur ein Drittel. Nun soll die schon recht schwere Rüstung noch so ungeheuerlich verstärkt werden, daß ihr finanzielles Gewicht kaum zu ertragen sein würde.

Was kann durch solche Überspannung der Rüstungen erreicht werden? Wir sehen schon die nächste Folge. Mißtrauen und Argwohn im Auslande, die natürlich gesteigert werden durch schlecht angebrachte Hinweise auf die Zeit vor 100 Jahren, als ob wir wieder in einer ähnlichen Zeit schwerster Not und Gefahr seien! Und als weitere Folge zeigt sich schon ein neues Wettrüsten, das den Wert aller Freundschaftsbeteuerungen natürlich stark herabmindert. Gegen diese unerfreuliche Entwicklung gilt es, Einspruch zu erheben und zu verhindern, daß man im Rüstungsrausch sich über alle Schranken hinwegsetzt.

Das „Berliner Tageblatt“ vom Montag abend beschäftigt sich mit der Deckungsfrage und wünscht nur eine Verteilung der Lasten auf mehrere Jahre. Mit der Vorlage an sich scheint sich das „liberale“ Organ abgefunden zu haben. Auch der liberale Abg. Müller-Meiningen, der um seine Meinung gefragt wurde, hat sich nach dem „Tageblatt“ zu dem Steuervorschlage, also wohl auch zur Vorlage günstig geäußert. Er sagte: „Ich erblicke in der einmaligen Schätzung, die an sich ja der mittelalterlichen Kriegsschätzung sehr ähnlich und daher etwas roh aussieht, den ersten Schritt zur Reichsvermögenssteuer. Auf den ersten Blick erscheint es gerecht, auch die hohen Einkommen zu einer derartigen einmaligen Steuer heranzuziehen, und das gähe den theoretischen Oberpatrioten Gelegenheit, ihren Patriotismus einmal in die Tat umzusetzen.“

Die „Germania“, das Zentrumsblatt, meint: „Immerhin wird die einmalige Abgabe vom Vermögen für die wirklich vermögenden Leute in den breitesten Volkskreisen sozial-versöhnend wirken — für die „oberen Zehntausend“ vielleicht auch erzieherisch.“

Über die Stellungnahme des Zentrums hat sich der Abg. Spahn nach dem „Berliner Tageblatt“ wie folgt geäußert: „Wie sich meine Partei zu der einmaligen Vermögensabgabe zur Deckung der Militärvorlage stellen wird, kann ich Ihnen heute natürlich noch nicht sagen, da weder die Vorlage vorliegt, noch wir in unserer Partei eine Besprechung über die Frage gehabt haben. Augenblicklich liegt meines Erachtens kein Grund zu der Annahme vor, daß die Vorlage durch den Reichstag abgelehnt werden könnte. Ich glaube auch, daß die Vorlage in den breiten Schichten des Volkes populär sein wird.“

Das preußische Junkerblatt, die „Kreuzztg.“, sagt: „Bei der „einmaligen Abgabe vom Vermögen“ zur Deckung der einmaligen Kosten der Wehrvorlage handelt es sich um eine Maßnahme ganz neuen Charakters. So gewiß alle guten Deutschen bereit sind, für des Reiches Bestand und Gedeihen in der Stunde der Gefahr jedes Opfer zu bringen, wird man das Bedenken, ob es wirklich in der gegenwärtigen Lage schon nötig ist, zu diesem äußersten Hilfsmittel zu greifen, zunächst nicht ohne weiteres zurückstellen dürfen. Jedenfalls dürfte die Maßnahme auch nach den Absichten der Verbündeten Regierungen den Charakter einer Ausnahme tragen sollen. Deshalb wird man in der Beurteilung der Frage sich die äußerste Vorsicht auferlegen und abwarten müssen, wie die Ausgestaltung des Planes im einzelnen erfolgen wird.“

In der Wandelhalle des Reichstags wurden am Montag die Vorschläge zur Deckungsfrage eingehend diskutiert. Interessant war es, daß man auf konservativer Seite anscheinend noch nicht recht weiß, wie man sich zu der Sache stellen soll. Die Auslassungen gingen dahin, daß dieser Weg allmählich zu einer Konfiskation der Vermögen führen müsse.

Nach der „Nationalzeitung“ wird die nationalliberale Reichstagsfraktion grundsätzliche Bedenken gegen das Regierungsprojekt nicht erheben. Das Blatt läßt durchblicken, daß auch kleinere Vermögen in Höhe von 15—20 000 Mk. zur Besteuerung herangezogen werden müßten.

Wie die „Nationalzeitung“ erfährt, beabsichtigt die Regierung, bei der Veröffentlichung des Steuergesetzes sich unmittelbar an das Volk mit einer Kundgebung zu wenden, die ausdrücklich auf die Analogie der Selbstbesteuerung des Volkes im Jahre 1813 hinweist und betont, daß die politische Entwicklung der letzten Zeit das friedliebende Deutsche Reich zwingen, für seine Wehr und Sicherheit außerordentliche Opfer zu bringen.

Bei der Besteuerung strebt die Regierung nach derselben Quelle eine ganz gleichmäßige Erfassung des mobilen und immobilen Kapitals an. Die Besteuerung soll nicht gestaffelt sein und auch die physischen Personen erfassen, nicht auch die juristischen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Marinedebatte.

Die bürgerlichen Parteien haben, wie es scheint, zur deutschen Flottenpolitik nichts zu sagen. Sie schweigen wenigstens mit einer unüberwindlichen Beharrlichkeit. Kaum daß sie in der Generaldebatte eine Serie von Rednern zu knappen Erklärungen auf die Tribüne delegiert haben, und daß sie notgedrungen zu besonderen Spezialfragen das Wort ergreifen. So kann Herr v. Tirpitz die Freude erleben, nach zweieinhalb Sitzungstagen den Reichstag wieder auf ein Jahr verlassen zu dürfen. Es kann sein, daß diese Enthaltsamkeit erheblich mitbestimmt wird durch die Aussicht, schon am Sonnabend in die Osterferien zu gehen, eine Möglichkeit, mit der man jetzt schon allgemein rechnet. Entscheidend aber ist zweifellos, daß außer unserer Fraktion alle übrigen mit der Politik der Flottenrüstungen einverstanden sind und mit Absicht diese Zustimmung durch ihr Stillschweigen zum Ausdruck bringen.

Auch die Gegner begreifen es, daß wir da selbstverständlich nicht mitmachen, vielmehr die Auffassung der Arbeiterklasse deutlich und mit aller Energie vertreten. Genosse Noske ist dieser Aufgabe in seiner Rede vollauf gerecht geworden. Er begnügte sich nicht damit, dem ewigen Wettrüsten, das in allen Ländern die bürgerlichen Parteien fördern und weitertreiben, den Willen des internationalen Proletariats zur Verständigung entgegenzustellen. Er untersuchte an der Hand des Etats die Einrichtungen der Marine und der Marineverwaltung mit einer für den Staatssekretär unangenehmen Kenntnis der Materie. Auch den bürgerlichen Parteien war diese Kritik nicht immer angenehm, und namentlich Herr Erzberger war etwas peinlich berührt durch den Nachweis, daß er, der aufdringliche Schulmeister, seine eigenen Anschauungen von Zeit zu Zeit in Grund und Boden polemisiert. Aber die Antwort, die er unserem Redner erteilen wollte, fiel in allgemeinen Redensarten recht bedeutungslos aus. Nicht viel mehr kann man von der Erwiderung des Staatssekretärs sagen, der es sich gestern besonders leicht machen wollte. Genosse Noske hatte nachgewiesen, daß der Kaiser selbst im Gegensatz zu Herrn v. Tirpitz früher die beinahe intime und familiäre Bestimmung seiner Lustjacht hervorgehoben hatte, für deren Umbau jetzt Kredite gefordert werden. Darüber schwieg er sich vollständig aus. Und was Noske über die willkürliche Behandlung der Werftarbeiter, namentlich über die Absicht, sie zu Streikbrecharbeiten bereit zu stellen, gesagt hatte, konnte Herr v. Tirpitz lediglich bestätigen. Das stellte unser Redner in einer kurzen Erwiderung besonders fest, in der er auch die Replik des Herrn Erzberger in geeigneter Weise behandelte. Die Generaldebatte des Marineetats, die damit ihr Ende nahm, hat wiederum den entschlossenen Friedenswillen der Sozialdemokratie bekundet. Genosse Noske hatte in diesem Zusammenhang mit besonderem Nachdruck auf die Haltung unserer englischen Freunde und auf das deutsch-französische Manifest hingewiesen.

In der Spezialdebatte behandelte zuerst Genosse Albrecht die Mißstände in den Bekleidungsämtern Wilhelmshaven und Kiel. Der Vorwurf der mangelnden Sozialpolitik reizte den Vizeadmiral v. Capelle zu einer nicht gerade überzeugenden Abwehr. Genosse Brandes übte eine ebenso berechtigte wie gründliche Kritik an den Bestimmungen der Arbeitsordnung, die in ihrem ganzen Aufbau auf den Grundsatz der politischen Bevormundung beruht. Er forderte namentlich eine Erweiterung der Kompetenzen der Arbeiterausschüsse und besprach dann die sehr mangelhaften Arbeitsverhältnisse in den Werften. Herr v. Tirpitz verteidigte seine Verwaltung, aber der Einwand, daß man den Begriff „Musterbetriebe“ nicht definieren kann, klingt eher wie ein Eingeständnis denn als eine Widerlegung.

Die Reformfeindlichkeit des Dreiklassenparlaments.

Das preußische Abgeordnetenhaus besprach gestern die finanzwirtschaftliche Seite der Eisenbahnen. Die Debatte bewegte sich in demselben Gleise wie in früheren Jahren. Obwohl die Eisenbahnüberschüsse ganz gewaltig gestiegen sind, will man doch von Tarifreformen nichts wissen, und auch Steuererleichterungen steht die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und die Regierung durchaus unsympathisch gegenüber. Es ist erwiesen und wird von allen Seiten zugegeben, daß die 1. Wagenklasse mit Defizit arbeitet. Anstatt nun endlich, wie es von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite gewünscht wird, die 1. Wagenklasse zu beseitigen, will die Mehrheit Hand in Hand mit dem Minister die Tarife für diese Klasse sogar noch herabsetzen. Das Defizit würde dann natürlich um so größer werden. Auf der anderen Seite steht der Minister dem Verlangen des sozialdemokratischen Redners Ströbel auf Einlegung von Wagen 4. Klasse bei Schnellzügen durchaus ablehnend gegenüber. Genau so wie der Eisenbahnminister ist auch der Finanzminister Feind jeder Reform. Er sträubt sich mit Händen und Füßen gegen jede Steuererleichterung. Er will vor allem die Steuerzuschläge, obwohl die Regierung sie gar nicht braucht, weiter beibehalten und bekämpft den Gedanken einer Quotivierung.

Auch die Frage der deutschen Eisenbahngemeinschaft wurde wiederum von allen Rednern gestreift. Konservative und Zentrum stehen diesem Gedanken feindlich gegenüber; den Nationalliberalen schwebt die Eisenbahngemeinschaft als Ideal vor, aber sie glauben, daß sich dies Ideal in der Praxis nicht verwirklichen läßt. Auch der Minister ist, wie er bereits wiederholt erklärt hat, Gegner einer Eisenbahngemeinschaft. Der sozialdemokratische Redner Ströbel schilderte eingehend die Abhängigkeit der Eisenbahnen von den Finanzen. Er wandte sich gegen die Versuche der Wohlhabenden und Reichen, sich auf Kosten der ärmeren Bevölkerung Geschenke machen zu lassen. Mit Recht führte er aus, daß man die hohen Eisenbahnüberschüsse dazu verwenden könne, um endlich einmal die Grenze für das Steuerminimum heraufzusetzen. — Bemerkenswert ist, daß der freikonservative Abg. Freiherr v. Zedlitz wie alljährlich auch diesmal wieder eine strengere Disziplin im Interesse der Betriebssicherheit verlangt. Diese Scharfmacherei gehört nun einmal zum ständigen Repertoir des freikonservativen Führers.

Abscheu vor dem Reichstag.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ gehen auf die Frage der Umwandlung der preußischen Staats-

bahnen in Reichseisenbahnen ein und geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß dieser Gedanke wahrscheinlich niemals in Erfüllung gehen wird. Das offiziös bediente Blatt führt aus:

„Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie stark im Reichstag Wahl- und Popularitätsrücksichten sich namentlich gegenüber Reichsbetrieben geltend machen und damit die Tatsache zusammenhalten, daß allein die preußischen Staatsbahnen nahezu eine halbe Million Beamte und Arbeiter beschäftigen, und daß die Zahl der Bediensteten der Eisenbahnverwaltung die gleiche Zahl von Wählern bedeutet. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß bei etwaiger Verwirklichung des Reichseisenbahngedankens der Reichstag mit seinem vollen Gewicht ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes Wahl- und Popularitätsrücksichten bei ihm walten lassen würde. Die Folge davon würde sicher nicht nur der Fortfall der beträchtlichen Zuschüsse sein, die heute die Staatsbahnen zu dem allgemeinen Staatsaufwand leisten, sondern auch voraussichtlich die Desorganisation des gesamten Personals und die Lockerung der schon im Interesse der Betriebssicherheit so unbedingt erforderlichen Disziplin. Wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, muß man es als ein Glück bezeichnen, daß seinerzeit der Reichseisenbahngedanke an dem Widerspruch der außerpreußischen mit Staatsbahnen ausgestatteten Bundesstaaten scheiterte."

Eine schärfere Verurteilung des preußischen Landtags, als wie sie in diesen Zeilen zum Ausdruck gelangt, ist nicht gut zu denken. Man fürchtet, daß der aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangene Reichstag zuviel für das Wohl der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten tun könnte und preist sich deshalb glücklich, daß der Reichstag in die Verwaltung der preußischen Eisenbahnen nichts hineinzureden hat. Gleichzeitig liegt aber in dieser Auslassung eine überaus übelhafte Anpöbelung und Herabsetzung des Reichstags, der allerdings den Postetat, den Etat der Marine und des Reichsheeres zu beraten hat, wobei Arbeiterfragen eine außerordentlich große Rolle spielen. Der Reichstag hat dabei niemals aus dem Auge verloren, daß auch die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe sehr wohl in Rücksicht gezogen werden muß. Im preußischen Dreiklassenhaus allerdings verhallen die Wünsche der Arbeiter, die nur von den Sozialdemokraten wirksam vertreten werden, meist völlig ungehört. Daß man hier den preußischen Landtag gegen den Reichstag ausspielt, ist lediglich ein Ausfluß solch scharfmacherischer Auffassungen, wie sie in diesen Tagen erst wieder der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach im Reichstag zum Ausdruck gebracht hat.

Die Osterferien des Reichstags.

Nach den ursprünglichen Abmachungen sollten die Sitzungen des Reichstags bis zum 14. März dauern, um dann nach einer kurzen Osterpause wieder aufgenommen zu werden. Plötzlich ist darin eine Änderung eingetreten. Der Reichstag soll nämlich bereits am kommenden Sonnabend, dem 8. März, in die Ferien gehen und erst am 2. April wieder zusammentreten. Neben dem Marine-Etat sollen diese Woche noch der Kommunal-Etat und das Etat-Notgesetz erledigt werden. Die nachstehenden Etats: Militär-Etat, Auswärtiges Amt, Reichskanzler, Reichsschatzamt usw. können gegenwärtig nicht beraten werden, weil man in diesen Ämtern alle Hände voll zu tun hat mit der Vorbereitung der Militärvorlage und der Frage der Deckung. Der Etat des Auswärtigen Amtes kann nicht beraten werden, weil der neue Staatssekretär von Jagow sich noch nicht völlig in sein neues Amt eingearbeitet hat, sodaß für die nächsten Wochen Beratungsstoff für das Plenum des Reichstags nicht vorhanden wäre. Man rechnet damit, daß Mitte nächster Woche die neue Militärvorlage veröffentlicht wird.

Zum Schweigen gebracht.

In dem brüderlichen Streit der katholischen Richtungen in Deutschland ist die orthodoxe Richtung in Schlesien zum Schweigen gebracht worden. Die Verurteilung seines Sitzredakteurs Lammel zu drei Wochen Gefängnis hat den Pfarrer Nieborowski in Angst versetzt und die Furcht vor der Rache seines Glaubensbruders veranlaßte ihn, eine Abbitte loszulassen, in der folgende Passagen vorkommen:

„Die wiederholt im „Kathol. Deutschland" erschienenen Vorwürfe der Lügenhaftigkeit entbehren der Berechtigung. Ich bedauere .... die Wendungen „Herr Kardinal Kopp würde nicht einem durch so hinterlistige unkatholische Gehässigkeit verächtlichen Blatte seine Herzensmeinung zur Verbreitung anvertrauen. Ich verspreche, sowohl für meine Person, wie für das von mir herausgegebene „Katholische Deutschland" mich künftighin aller verletzenden und persönlichen Angriffe gegen die „Schles. Volkszeitung", ihre „Hintermänner" und gegen Herrn Geheimrat Dr. Borsch zu enthalten. Reichthal, den 1. März 1913. Pfarrer Nieborowski."

So tief hat sich wohl kaum jemals ein Politiker vor seinem Gegner ducken müssen, wie hier der Priester vor dem Zentrumsredakteur. Der Inhalt seines Widerrufs aber gibt ein Bild von dem Streite der „Christen"!

Eine Sinekure.

Der bisherige Militär-Attachee an der preußischen Gesandtschaft in München, Major Freiherr von Bernstein, ist durch den preußischen Major von Lewinski ersetzt worden. Dieser Posten ist eine Sinekure, wie sich in dem an solchen Stellen ziemlich reichen Etat nur wenige finden. Die Aufgabe eines Militär-Attachees besteht darin, daß er die Entwicklung des Heeres in dem Lande, in dem er beglaubigt ist, genau verfolgt und über seine Erfahrungen an seinen Heimatstaat berichtet. Was aber ein preußischer Major in München zu beobachten hat, und was er über die Entwicklung der bayrischen Armee nach Berlin berichten soll, das ist völlig unverständlich. Von sozialdemokratischer Seite ist mehrmals in der Budgetkommission der Antrag gestellt worden, diesen Posten als vollkommen überflüssig zu streichen. Diesem Antrag wurde aber entgegengehalten, daß es sich hier um einen Staatsvertrag zwischen Preußen und Bayern handele, der nicht einseitig aufgehoben werden könne. Nachdem diese Stelle nun erledigt war, wäre es unbedingt angebracht gewesen, sie bekannt zu lassen, denn es heißt denn doch, das Geld der Steuerzahler mit beiden Händen zum Fenster hinauswerfen, in München einen Major zu unterhalten, der sich höchstens den Kopf darüber zerbrechen muß, wie es ihm gelingt, seine Zeit totzuschlagen.

Bassermann und die Zechenmagnaten.

Den scharfmacherischen Großindustriellen des rheinisch-westfälischen Industriereviers ist kein Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion so verhaßt, wie der Abgeordnete Bassermann. Es ist deshalb begreiflich, daß das Blatt dieser Herren, die „Rhein.-Westf. Ztg.", keine Gelegenheit versäumt, den nationalliberalen Parteiführer zu verhöhnen. So läßt es sich aus Mannheim melden:

„In seiner schon erwähnten Rede hat Bassermann gegenüber der bekannten Mutmaßung, daß er sich mit diplomatischen Fragen wohl auch deshalb neuerdings soviel beschäftige, weil er selber vielleicht Botschafter werden möchte, nach den Berichten nationalliberaler Blätter erklärt: „Ich habe keine Sehnsucht, Botschafter zu werden, ich will nicht höher hinaus, ich bin mir mit dem genug, was ich bin."

Dazu bemerkt das Zechenblatt lakonisch:

„Er uns auch!"

Militärvorlage mit Hurra!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" macht folgenden Vorschlag:

„Wir erwarten und stellen die Forderung, daß der Reichstag die gesamte Heeresvorlage ohne Markten en bloc annimmt. So wie es in erfreulicher Kundgebung mit der letzten Marinevorlage geschah. über Staatsnotwendigkeiten darf man nicht feilschen — so viel sollten wir aus vier Jahrzehnten Reichsgeschichte gelernt haben. Eine demonstrative Annahme wird gleichermaßen gefordert durch die Würde des Reiches und durch den Eindruck auf das Ausland."

Die kommenden Besitzsteuern en bloc anzunehmen, wird das Organ der Schlotbarone bestimmt nicht empfehlen, denn mit der Militärvorlage verdienen die Industrie-Magnaten Geld, die Steuervorlagen aber gehen ihnen an den Geldbeutel. Wenn der Reichstag auf diesen Vorschlag eingehen sollte — und es hat in der Tat den Anschein — dann würde er seine Pflicht, die Vorlagen der Regierung genau zu prüfen, wieder einmal gröblich verletzen.

Österreich-Ungarn.

Zum Generalstreik in Ungarn. In der Sonnabendsitzung des ungarischen Reichstags wurde das Wahlrechtsgesetz noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es Dienstag oder Mittwoch beraten. In der Hauptstadt zeigen sich bereits überall die Vorboten des Generalstreiks. An allen Straßenecken stehen Trupps von Menschen, die die Plakate lesen, welche das Polizeipräsidium und der hauptstädtische Magistrat angeschlagen haben. Im Plakat des Oberstadthauptmanns warnt der Polizeipräsident vor dem Generalstreik und erklärt, daß die Polizeibehörde das Streiken als Aufruhr betrachtet. Ferner zeigt das Plakat genau an, welche Vorkehrungen die Polizei getroffen hat, um jede Revolte im Keim zu ersticken. Zum Schluß wird den Bürgern der Rat gegeben, sich ruhig zu verhalten und bei der geringsten Ausschreitung des Volks sich an die im Plakat aufgeführten Stellen telephonisch zu wenden, wo Polizei, Gendarmerie und Militär zum Schutze der Bürgerschaft bereit seien. Im Plakat des Magistrats wird das Volk aufgefordert, sich Lebensmittel für drei Tage im Voraus anzuschaffen; zugleich enthält dieses Plakat ein genaues Preisverzeichnis der Lebensmittel. — Die Rettungsgesellschaft weist die Bevölkerung darauf hin, daß neben den 18 ständigen Aerzten sie für die Tage des Generalstreiks 250 hauptstädtische Aerzte angeworben habe. 12 Autos und 30 Wagen stehen bereit, etwaige Verwundete zu transportieren.

Die Sonnabendauflage der „Nepszava" wurde wieder wegen Majestätsbeleidigung konfisziert, und da der Staatsanwalt die Konfiskation bei Nacht vorgenommen hatte, wurde die Expedition nach der Provinz verhindert. Die Redaktion der „Nepszava" hat indessen im Laufe des Vormittags eine zweite Auflage hergestellt und die erste Seite der Auflage ganz freigelassen. Sonnabend nachmittag 2 Uhr kam ein Aufgebot von Polizisten und Detektiven zum Parteibureau und zur Druckerei, um dort Haussuchungen vorzunehmen. Der Verfasser einer Flugschrift, die an das Militär gerichtet ist und die Aufschrift trägt: „Proletarier im Soldatenrock!", hat angeblich dem Untersuchungsrichter gestanden, daß dieses Flugblatt in 2½ Millionen Exemplaren gedruckt wurde. Bei der Haussuchung, die unlängst in der Buchdruckerei vorgenommen wurde, konnte kein einziges Exemplar gefunden werden. Nun hat das Korpskommando in Budapest den Untersuchungsrichter verständigt, daß diese Flugschrift noch immer in den Kasernen verteilt werde und daß er im Interesse der Sicherheit der Armee die strengste Untersuchung fordere. So hielt man am Sonnabend in der Parteibuchdruckerei wieder vom Keller bis zum Boden Haussuchung ab, die ebenfalls kein einziges Exemplar der Flugschrift zutage förderte.

Die vereinigte Opposition hielt am Sonnabend abend eine Konferenz ab, in welcher die Taktik festgelegt wurde, die die Opposition bei der Verhandlung des Wahlrechtsgesetzes im Reichstage beobachten will.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 4. März.

Abfindung von Unfallrenten.

Unfallrenten konnten bisher schon durch eine einmalige Kapitalzahlung abgefunden werden. Zulässig war aber nur die Abfindung von Renten von 15 und weniger Prozent der Vollrente. Die Höhe der Abfindung war der freien Vereinbarung zwischen Verletzten und Berufsgenossenschaft überlassen. Eine einheitliche Regelung bestand nicht und darauf ist es zurückzuführen, daß einzelne Berufsgenossenschaften bis zum zehnfachen Betrag der Rente abgefunden haben, andere dagegen nur mit dem drei- bis fünffachen Betrage, je nach dem Alter des Verletzten. Die Abfindung war von beiden Seiten eine freiwillige. Wenn dem Verletzten die Abfindungssumme zu niedrig oder der Berufsgenossenschaft die Forderung zu hoch war, mußte die Abfindung unterbleiben, die Rente wurde dann wieder weiter bezahlt. Nach den bisherigen Bestimmungen hatte nur der Verletzte das Recht, den Antrag auf Abfindung zu stellen. Die Reichsversicherungsordnung hat nun auch den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt, an den Verletzten wegen Abfindung seiner Ansprüche heranzutreten. Das neue Gesetz läßt auch Abfindung von Renten bis zu 20 Prozent der Vollrente zu und hat auch vorgesehen, daß die Höhe der Abfindungssumme nach dem Kapitalwert der Rente des Verletzten berechnet werden muß. Die Art der Berechnung des Kapitalwertes der Rente ist im Gesetz nicht enthalten, sondern nur die Bestimmung, daß der Bundesrat hierüber besondere Vorschriften erläßt. Diese Vorschriften sind nun veröffentlicht und rechtfertigen die vor einiger Zeit von uns gebrachte Mahnung an die Verletzten, mit Stellung von Abfindungsanträgen noch zu warten, bis die neuen Bestimmungen erschienen sind, in jeder Weise. Nach den Bundesratsvorschriften sind für die Verletzten ausnahmsweise einmal günstigere Verhältnisse geschaffen worden, wie bisher. Die Abfindung mit dem dreifachen Jahresbetrag der Rente ist gänzlich ausgeschlossen, die niedrigste Abfindung ist die mit dem vierfachen Jahresbetrag der Rente. In den neuen Bestimmungen sind zwar die Abfindungen mit dem zehnfachen Jahresbetrag nicht vorgesehen, diese wurden aber nur von einigen wenigen Berufsgenossenschaften, dazu auch von diesen nur sehr selten und in den letzten Jahren fast gar nicht mehr gewährt. Die Berufsgenossenschaften haben mit den Abfindungen vielfach die mißliche wirtschaftliche Lage der Verletzten ausgenutzt und Renten, die sie nach Lage der Falles vielleicht auf die Lebensdauer des Verletzten hätten gewähren müssen, mit einem lächerlich niedrigen Betrag abgefunden. Die Verletzten waren mit diesen Beträgen zufrieden, weil sie überhaupt froh waren, einige Mark auf die Hand zu bekommen. Diese Möglichkeiten sind durch die jetzige Neuregelung ausgeschlossen, es sind feste Sätze aufgestellt, an die sich die Berufsgenossenschaften zu halten haben. Die Höhe der Abfindungssumme richtet sich nach dem Alter des Verletzten und nach der Zeit, die seit dem Unfalle verstrichen ist. Die höchste Abfindungssumme stellt den 8,20fachen Betrag der Jahresrente dar, die niedrigste den vierfachen Jahresrentenbetrag. Mit dem vierfachen Jahresbetrag der Rente können Verletzte abgefunden werden ohne Rücksicht auf das Alter, wenn seit dem Unfalle weniger als ein Jahr verflossen ist. Diese Abfindungen werden sehr selten sein, weil sich nur in sehr wenigen Fällen vor Ablauf eines Jahres schon beurteilen läßt, ob für die Verletzung eine Rente von längerer Dauer gewährt werden muß. Wenn die Berufsgenossenschaft sieht, daß sie die Rente nach einem oder zwei Jahren einstellen kann, so wird sie kaum den vierfachen Jahresbetrag als Abfindung zahlen. Auch der Verletzte wird einer Abfindung erst dann zuneigen, wenn für ihn feststeht, daß keine Verschlimmerung mehr zu erwarten ist, weil er, wenn die Abfindung einmal erfolgt ist, auch wenn eine wesentliche Verschlimmerung der Unfallfolgen eintritt, keine Ansprüche mehr an die Berufsgenossenschaft erheben kann.

Erfolgt die Abfindung nach Ablauf eines Jahres vom Unfalltage ab gerechnet, so kommen folgende Grundsätze für die Berechnung zur Anwendung:

Alter des Verletzten	seit dem Unfall verflossen mehr als 1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre
bis zu 25 Jahren	6.20	7.50	7.90	8.20
von 25 bis 30 „	6.10	7.40	7.80	8.10
„ 30 „ 35 „	6.00	7.20	7.80	8.00
„ 35 „ 40 „	6.00	7.00	7.60	7.90
„ 40 „ 45 „	5.90	6.80	7.50	7.80
„ 45 „ 50 „	5.90	6.70	7.20	7.60
„ 50 „ 55 „	5.80	6.60	7.00	7.20
über 55 Jahre	5.70	6.20	6.40	6.50

Steht also z. B. ein Verletzter im Alter von unter 25 Jahren, so kann er als Abfindung, wenn der Unfall länger als ein Jahr zurückliegt, den 6,20fachen Betrag der Jahresrente verlangen, wenn seit dem Unfalle mehr als zwei Jahre verstrichen sind, den 7,50fachen Betrag usw. Auch für die Abfindung von Ausländern sind besondere Normen vorgeschlagen, deren Behandlung aber hier unterbleiben kann.

Das sozialdemokratische Manifest gegen das Wettrüsten, das wir am Sonnabend vorsetzten, hat die Reaktionäre und Kriegshetzer aller Schattierungen in große Wut versetzt. Auch die „Lübeckischen Anzeigen", die immer noch ohne politische Leitung sind, schimpfen ihrer Befähigung gemäß auf die „Phrasen der Internationale". Wir gönnen ihnen die geifernde Lust, die den Arbeitern zeigt, wie sehr das Manifest der Kapitalistenklique und ihren journalistischen Helfern gegen den Strich geht.

Eine Werftarbeiterkonferenz. In Hamburg traten am Sonntag, 2. März, 144 Delegierte und Vorstandsvertreter der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede, Maler, Schiffszimmerer und Fabrikarbeiter aus den verschiedenen Werftorten zu einer Konferenz zusammen. Einem instruktiven Referat des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes über die augenblickliche wirtschaftliche Lage folgte eine ausgedehnte Diskussion, in der lebhafte Klagen über die auf den Werften bestehenden Arbeitsverhältnisse vorgebracht wurden. Die Akkordlöhne versuche man überall zu reduzieren, teilweise um 50 Prozent und mehr. Durch langfristige Akkordarbeiten würden die Arbeiter auf Monate und Jahre an den Betrieb gebunden, wenn sie nicht größere Akkordüberschüsse durch ihren Austritt aus dem Betrieb verlieren wollten. Lebhafte Klage wurde auch geführt über die Akkordraserei, die die Unfallgefahr ins Ungemessene steigere. Schon sei der Unfug eingerissen, den Bau der Stellagen mit den Akkordarbeiten zu verkoppeln. Der sehr starke Wechsel unter der Akkordarbeiterschaft sei ein weiterer Grund für die hohe Zahl der Unfälle. Von verschiedenen Seiten wurde die Forderung nach Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen laut. Die von einigen Werften angestellten Gerüstkontrolleure seien ihrer Aufgabe nirgends gerecht geworden, was sich aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmern genügend erkläre. Nach den Angaben aus verschiedenen Werftorten hat sich der Durchschnittslohn trotz der letzten Lohnbewegung nicht erhöht. Nicht selten würden höher entlohnte Arbeiter entlassen und andere zum niedrigen Einstellungslohn angenommen. Das Ueberstundenwesen nehme immer größeren Umfang an, ließen sich doch Ueberstunden bis zu 60 in einer Woche feststellen. Aus einem Referat über den Stand der Organisationen auf den Werften ging hervor, daß insgesamt etwa 70 000 Arbeiter auf den Werften beschäftigt sind. Das Organisationsverhältnis hat sich bedeutend gebessert. Seit 1908 ist die Organisation unter den Metallarbeitern um über 100 Prozent, unter den Holzarbeitern um über 74 Prozent gestiegen.

b. **Schwurgericht.** Eine äußerst rohe, unüberlegte Tat brachte am Montag nachmittag drei junge Arbeiter vor die Geschworenen. — Der 20jährige Arbeiter Jabs, der 22jährige Funk und „der kleine Bucklige", wie der Staatsanwalt im Laufe seiner Anklagerede den 25 Jahre alten Arbeiter Graack nannte, diese drei sind des gemeinschaftlichen Straßenraubes beschuldigt. Sie hatten sich den Weihnachtsabend zum Durchkneipen ausgesucht. Ganz besonders übte sich im Hinunterschlucken von großen Biermengen Jabs, der während der Verhandlung auf die Fragen des Gerichtsvorsitzenden ziemlich „unbefangen" antwortet. Man kann sich daher nicht wundern, wenn dieser in seiner Bierstimmung gereizt wurde, als ihm in der Wirtschaft ein Tauber mit der Hand bedeutete, Jabs „habe einen Vogel". In der Dank-

warisgrube wollte dieser taube Kürschner Baranowski eine Uhr und Kette loschlagen und da bei diesem Versuch wohl kein angemessenes Angebot erfolgte, machte der Taube jene vielsagende Fingerdeutung nach der Stirn. Damit war vorläufig die Sache abgetan. Nun wollte es das Unglück, daß Baranowski auf dem Heimweg in den frühen Morgenstunden wieder den Dreien begegnete. Da erinnerte sich Jabs des Zwischenfalls und sagte sofort zu seinen Spezeln: „Dem wollen wir den Ochsen abnehmen", oder „den Ochsen wollen wir haben". Es fragt sich nun, ob damit die Person gemeint ist oder eine in Gaunersprache übersetzte Bezeichnung für die Uhr. Der Staatsanwalt tritt der letzteren Auslegung bei. Kurz und gut, Jabs schlug den herankommenden Mann von hinten zweimal nieder, worauf sich die andern beiden an dem Tauben ebenfalls zu schaffen machten. Uhr und Kette wurden ihm entrissen. Man fand die Uhr später in der Kommode des Graack, in die sie Funk gelegt haben soll. Graack selbst behauptet, er habe sich an dem Niedergeworfenen nur zu schaffen gemacht, weil er ihm behilflich sein wollte. Der Überfallene machte sofort Anzeige, die Burschen wurden bald nachher erwischt und von Baranowski erkannt, trotzdem sie ihre Mützen vertauscht hatten. Diese gewiß nicht lange vorher überlegte Tat brachte den Angeklagten die Beschuldigung des schweren, gemeinschaftlichen Straßenraubes, auf dem Zuchthausstrafe steht. Während der Staatsanwalt die Angeklagten für überführt hält und höchstens die Frage nach mildernden Umständen offen läßt, ersuchte der Verteidiger, die drei jungen Burschen nicht mit Räubern mit finsterm Aussehen und schwarzbärtigen Gesichtern zu vergleichen, sondern das Geschehene als einfachen Diebstahl betrunkener Burschen anzusehen. Nach dem Wahrspruch der Geschworenen, die die Schuldfragen bei Jabs und Funk wie die Fragen nach mildernden Umständen bejahten, dagegen bei Graack verneinten, verurteilte das Gericht Jabs als Haupttäter zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und Funk zu der Mindeststrafe von 1 Jahr. Graack wurde freigesprochen. Beantragt waren gegen Jabs 2 Jahre.

Das Handwerksburschenelend im Winter wurde im folgenden Fall etwas gekennzeichnet. Wegen Brandstiftung hatten sich zwei 18- und 19jährige Arbeiter Fuchs und Meyer zu verantworten. Sie arbeiteten zuletzt in Höchst am Main. Da sie in der teuren Fabrikstadt mit 2,90 Mark Tagelohn nicht auskommen konnten, versuchten sie anderwärts ihr Glück. Auf ihrer Wanderfahrt kamen sie nach Hamburg und gingen von dort aus, weil Arbeit nicht vorhanden war, aufs Geratewohl Lübeck zu. Bei den Bauern suchten sie vergebens Beschäftigung, auch bettelten sie umsonst nach Brot. Keinen Kreuzer in der Tasche, seit anderthalb Tagen keinen Bissen Brot im Leibe, dabei Weihnachten vor der Tür, standen sie ratlos in der Welt. Bei Stockelsdorf rissen sie, im Kundendeutsch ausgedrückt, eine sogenannte „Platte". Am Morgen überlegten die Burschen dann, was weiter zu tun sei und kamen überein, den Strohdiemen, unter dem sie die Nacht über zugebracht hatten, in Brand zu stecken. Während die Angeklagten behaupteten, den Brand entfacht zu haben, um die Feiertage im Gefängnis zubringen zu können, wo sie wenigstens Unterkunft und Brot hatten, sagen die Zeugen aus, die Angeklagten hätten bei ihrer Festnahme zugegeben, aus Wut gegen die hartherzigen Bauern so gehandelt zu haben. Diese hätten ihnen jeden Bissen Brot verweigert. Der von den Flammen verzehrte Strohdiemen gehörte dem Landmann Muss und war etwa 200 Mark wert. Die beiden jugendlichen Sünder sind geständig. Die Geschworenen billigen ihnen mildernde Umstände zu. Das Urteil lautet auf je 9 Monate Gefängnis, drei weniger als beantragt waren. Von den 2¼ Monaten Untersuchungshaft wird 1 Monat angerechnet.

Die Kollision zwischen dem Dampfer „Baltic" und der Herrenbrücke vor Gericht. Am 24. April 1909 hatte der finnische Dampfer „Baltic", der regelmäßig im hiesigen Hafen verkehrt, die bei Siems belegene drehbare Herrenbrücke angerannt, sodaß der eine Flügel völlig demoliert wurde. Da das Schiff sich quer ins Fahrwasser gelegt hatte, war die gesamte Schiffahrt 15 Stunden gesperrt. Der Lübecker Staat verlangte von der Reederei des Schiffes, der Helsingfors Angfaryg Aktiebolaget, für den Schaden eine Sicherheitsleistung von 120 000 Mk., die durch die hiesige Commerzbank gestellt wurde. Die Kosten der Wiederherstellung der Brücke betrugen 65 833,85 Mk., welche eingeklagt wurden. Die Reederei erhob Widerklage wegen der zuviel gezahlten Bankprovision infolge der geforderten zu hohen Sicherheitsleistung. Die Kammer für Handelssachen des Lübecker Landgerichts verurteilte die beklagte Reederei zur Zahlung von 61 133,85 Mark an den Lübecker Staat; der Abzug von 4800 Mk. von der geforderten Summe wurde der Reederei wegen der zuviel gezahlten Bankprovision eingeräumt. Der lübsche Staat soll sich noch darüber äußern, warum er einzelnen Beamten eine besondere Vergütung von 1300 Mk. gewährt hat, die der beklagten Gesellschaft mit in Rechnung gestellt worden waren. Die Schuld an dem Unfall trugen die Maschinisten des „Baltic", die den vom Kapitän erhaltenen Befehl, die Maschine auf rückwärts einzustellen, nicht rechtzeitig ausführten. Die Entscheidung, wem die Prozeßkosten aufzuerlegen sind, wurde noch ausgesetzt.

Die Unglücksfälle auf dem Hochofenwerk mehren sich in erschrecklicher Weise. Vielfach erfährt die Öffentlichkeit leider überhaupt nichts davon. Am Sonntag mittag hat sich auf dem Werk wieder ein größerer Unfall ereignet. Eine Anzahl Arbeiter war damit beschäftigt, einen alten Ofen abzubrechen. Plötzlich löste sich von oben ein größeres Stück und stürzte auf die Leute, von denen vier verletzt wurden. Die Verletzungen des einen Mannes waren so schwer, daß er ins Lübecker Krankenhaus gebracht werden mußte. Ob die nötigen Schutzmaßnahmen für die Arbeiter getroffen waren, konnten wir nicht erfahren.

Der Bericht vom Gautag des Arbeiter-Sängerbundes in Kiel, den wir am 21. Februar zum Abdruck brachten, ist insofern unvollständig, als es in demselben heißt, daß die Gesangvereine der Maler, Buchdrucker und Metallarbeiter in Kiel aus dem Arbeiter-Sängerbund ausgeschlossen werden sollen, falls sie bis zum 1. Juli dieses Jahres einer Verschmelzung nicht zugestimmt haben. Beschlossen worden ist jedoch, wie uns von zuständiger Seite besonders mitgeteilt wird, daß alle dem Arbeitersängerbund angehörenden Vereine, also auch die in Lübeck, welche bis zum 1. Juli 1913 sich nicht für die Verschmelzung entschieden haben, auszuschließen sind.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Februar d. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 2 vergoldete Armbänder, 1 gold. Trauring, 2 Broschen, 2 Kneifer, 1 Korallenkette, 1 Fahrrad, 1 Pelzboa, 1 Kindermantel, 1 Kinderpelzkragen, 1 Schülermütze, 2 Damengürtel, 1 Broden Käse, 2 Damenhandtaschen, 1 Paar Schnürschuhe, 1 Messinghahn, 1 elektr. Taschenlampe, 1 Gartenpforte, 1 Petroleumkanne und 1 alter Kinderwagen.

— —

k. **Schwartau.** Der Frauentag gestaltete sich in diesem Jahre weit besser als im Jahre vorher. Es waren zirka 200 Personen, zumeist Frauen, erschienen, welche den Ausführungen der Referentin, Genossin Steinbach, lauschten und derselben am Schluß ihres Referates reichen Beifall spendeten. Als dann am Schluß der Versammlung der Genosse Künzel die Anwesenden, welche der Partei noch nicht angehörten, aufforderte, das Versäumte nachzuholen und mit einzutreten in die Reihen des kämpfenden Proletariats und den „Lübecker Volksboten" zu abonnieren, ließen sich sofort 3 Männer und 11 Frauen im sozialdemokratischen Verein aufnehmen. — Schwartau ist am 1. Juli 1912 Stadt geworden. Man merkt es aber auch an dem Aufschwung, welchen der Ort nimmt. So soll in Schwartau jetzt, wie es verlautet, einem schon lange schwer empfundenen Mangel abgeholfen werden, denn Schwartau bekommt den so notwendigen Kientopp. Wenn auch sonst nicht viel von dem Stadtwerden zu merken ist, so wurde z. B. eine vom Sozialdemokratischen Verein eingereichte Eingabe auf Errichtung einer Kleinkinderschule im Juli 1912 vom Gemeinderat vollständig unbeachtet gelassen und erst nach wiederholter Eingabe im Februar 1913 dem Verein die Antwort zugestellt, daß erst Erhebungen über die Zahl der aufzunehmenden Kinder gemacht werden müssen und überhaupt, wenn nicht von privater Seite ganz erhebliche Zuschüsse geleistet würden, die finanzielle Lage der Stadtgemeinde die Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt nicht erlaube. Wenn man nun bedenkt, wie notwendig eine solche Einrichtung ist, da doch die meisten Frauen bei der jetzt herrschenden Teuerung gezwungen sind, mit tätig zu sein, um allen Anforderungen des Lebens gerecht zu werden, so will einem doch dünken, daß mit etwas mehr gutem Willen ein solches Institut wohl ins Leben zu rufen wäre.

Hamburg. Ein Auto in den Kanal gestürzt. Sonnabendmorgen stürzte ein mit zwei Personen besetztes Mietsautomobil bei der Kuhmühle in den Eilbek-Kanal. Das Auto setzte über den Reitweg hinweg, übersprang das eiserne Geländer und stürzte die steile Kanalböschung hinab, wobei es sich überschlug. Die beiden Insassen kamen mit dem Schrecken davon, während der Fahrer schwer verletzt wurde.

m. **Neustadt i. H.** Der Kampf gegen die Arbeiterturnsache hat jetzt auch hier eingesetzt. Im Sommer 1912 fand auf dem hiesigen städtischen Jugendspielplatz ein großes, vom Arbeiterturnverein „Freundschaft" veranstaltetes Spielfest statt. Zu demselben waren mehrere auswärtige Brudervereine mit über 200 Mitgliedern, Frauen und Männer, erschienen. Das Fest verlief in der schönsten Weise. Ihm wurde, nicht allein von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Bürgerschaft die größte Sympathie entgegengebracht. Kein Wunder, denn die Leistungen unserer Genossen und Genossinnen waren geradezu großartige zu nennen und allgemein wurde der Wunsch geäußert, ein solches Fest möchte alljährlich wiederkehren. Der Platz wurde dem Turnverein ohne irgend welchen Einwand zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich glaubten unsere Turner, daß unser hochwohllöblicher Magistrat auch in diesem Jahre ebenso großmütig sein würde, aber weit gefehlt. Weil dem Verein hier ein geeignetes Lokal zum Turnen fehlte, wurde der Schriftführer beauftragt, den Magistrat zu ersuchen, ihm die städtische Turnhalle einen oder zwei Abende in der Woche zur Verfügung zu stellen und auch den Spielplatz im Laufe des Sommers zu überlassen. Aber o weh, am 27. Februar ging folgendes Schreiben ein:

Der Magistrat.
Tgb. Nr.
(Die Nummer anzugeben hat der Herr Bürgermeister in seinem Uebereifer gänzlich vergessen. D. Berichterstatter)

Neustadt i. Holst., den 25. Febr. 1913.

Auf die gefällige Anfrage vom 16. d. Mts. erwidern wir Ihnen, daß wir nicht in der Lage sind, die städtische Turnhalle und den Jugendspielplatz dem Arbeiterturnverein „Freundschaft" zur Benutzung zu überlassen. Wenn auch die Satzungen dieses Vereins die Erörterung politischer und religiöser Angelegenheiten ausdrücklich als ausgeschlossen bezeichnen, so ist doch die Zugehörigkeit des Vereins zur Sozialdemokratie als feststehende Tatsache anzusehen. Vereinen aber, die mit dem Ziele begründet worden sind, durch die Fernhaltung sozialdemokratischer Arbeiter von den bürgerlichen Vereinigungen auch bei sportlicher Betätigung die Erfolge der sozialdemokratischen Bestrebungen möglichst zu sichern und diese Bestrebungen durch Pflege der sozialdemokratischen Gesinnung zu fördern, städtische Anlagen zur Verfügung zu stellen, entspricht nicht den Aufgaben einer Stadtgemeinde. Wenn in einem früheren Falle der Jugendspielplatz dem Verein „Freundschaft" überlassen worden ist, so erklärt sich das daraus, daß seitens des Ausschusses für Jugendpflege dem Wortlaut der Satzungen ein Wert beigemessen worden ist, der ihnen, wie sich herausgestellt hat, nicht zukommt.

Ihre Eingabe zum Gegenstand einer Besprechung in öffentlicher Sitzung zu machen, liegt keine Veranlassung vor.

Tauscher.

Woraus sich ergibt, daß der Ausschuß für Jugendpflege dem Wortlaut der Satzungen einen Wert beigemessen hat, der ihnen nicht zukommt, ist uns unverständlich; vielleicht ist unserm Bürgermeister etwas von einem sozialistischen Riesenschwung erzählt worden, oder er hat im Traum das rote Gespenst über unser Städtchen ziehen sehen und jetzt muß diesem Treiben ein Ende gemacht werden. Wer unsern Bürgermeister kennt, dem ist es schon verständlich, daß er sich vor einer Besprechung in einer öffentlichen Sitzung fürchtet. Nun, uns soll es so recht sein. Das Ansehen unseres Magistrats wird durch dieses Vorgehen wieder um ein gutes Stück gemindert und unsern Turngenossen gibt dieses Schildbürgerstückchen wieder neuen Stoff und neue Veranlassung, immer mehr für das Blühen und Gedeihen des Arbeiterturnvereins zu agitieren.

Itzehoe. Zum Landtagswahlkampf. In einer am Sonntag hier abgehaltenen Konferenz wurde der Genosse Oskar Fröhlich, Kiel, Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", einstimmig als Landtagskandidat für den Landtagswahlkreis Steinburg aufgestellt.

Itzehoe. Tödlicher Unglücksfall. Der 55 Jahre alte Knecht Johann Hauschild aus Nethwisch ist Sonntag vormittag auf der Legerdorfer Chaussee von einem Dreschmaschinengefährt abgestürzt. Die Räder des Fuhrwerks gingen dem Verunglückten über Kopf, Arme und Beine und verletzten ihn so schwer, daß er auf dem Wege zum Krankenhause verstarb.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. Februar bis 1. März 1913.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

17. Februar. Kellner A. H. Muus. 18. Grabsteinfabrikant H. C. A. Benthien. 19. Vizefeldwebel P. J. W. L. Scharnberg. 20. Arbeiter A. Beyer. Friseur W. J. H. E. Sünnenwold. 21. Inspektor H. H. P. Kundt. Weinküfer J. G. F. Cissé. Arbeiter M. J. W. Klempau. Maurer O. J. P. Oelfke. Schlosser E. J. C. Weidemann. 22. Versicherungsbeamter H. C. J. Gröning. Hoboist-Sergeant W. L. H. Wiencke. 23. Arbeiter C. Chr. Th. Pfitzner. 24. Arbeiter J. W. A. Steen. 25. Schlossermeister H. P. H. Stallbaum. Schlachter A. Th. W. Geitner. 26. Arbeiter P. W. F. Schröder. Straßenbahnschaffner W. F. J. Sundermann. 27. Arbeiter J. H. W. Farclas.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

18. Februar. Maschinist H. W. J. Wohlers. 20. Meierei-Verwalter G. Nebendahl. Ingenieur W. K. H. Posseckel. Sargträger J. H. Picpsunge. 21. Maschinist H. P. H. Kaben. Gärtner E. J. Chr. Luade. 22. Schriftsetzer J. H. A. Bruhns. 23. Schiffskapitän K. J. R. Niedermeyer. Briefträger L. F. W. Frank. Kaufmann O. H. F. Löwe. Arbeiter F. H. C. Johansen (Schönböcken). Maurer E. K. F. Ritter. 24. Lichtdrucker P. A. Ullrich. Vorarbeiter W. F. C. Bohm. 25. Maurer J. Verninb. Arbeiter G. K. G. Vermehren. 26. Arbeiter H. W. L. Bremer. Arbeiter F. J. H. Torendorf. Kassenbote Th. J. Chr. Mundt. 27. Arbeiter K. A. Schierig. Tischler Chr. F. P. Hofmann.

Angeordnete Aufgebote.

24. Februar. Feldwebel K. Chr. L. Rehmann und M. S. Chr. Möller. Schiffbauer J. A. Blomeyer und A. E. Hinrichs. Zementmüller F. W. B. A. Frenkel und H. M. K. Rothe. 25. Kaufmann O. M. A. Reddelien und die geschiedene M. F. A. Mohrmann geb. Hellmann. Viehhändler H. J. W. Husfeldt und die geschiedene L. M. M. Wigger geb. Kroofs. Bauunternehmer F. H. W. Kreutzfeld und E. A. L. M. Ascheberg. Arbeiter H. M. W. Springborn und M. Ch. M. Studier. Tischlergeselle G. J. K. Abraham und M. J. Chr. H. Dreos. Schirrmeister H. Chr. W. Cornehl und H. H. A. M. Nörenberg in Bisdorf. Schneider F. J. H. Böttcher und L. M. Wege, beide in Bremen. 26. Maschinenbaugehilfe K. F. Rose in Hamburg und M. E. B. Otto. Musketier A. A. E. Sandström und F. J. M. A. Hannach in Altona. Stellmacher F. K. H. Siems in Ruthen und E. A. M. Köhn. Sergeant K. F. W. Tessin und W. E. E. Faekel in Magdeburg. Kellner H. L. Th. Erichsen und M. A. Henke. Monteur K. H. Wilhelm und W. M. M. Söhrmann. Seemaschinist K. A. F. Liebenow und M. E. F. Detmann. 27. Kellner W. J. H. Kähler und W. B. Schulz. Kaufmann M. H. Ritter in Halle a. d. S. und H. A. M. Ebell. Leutnant im Infanterie-Regiment „Lübeck" (3. Hanseatisches) Nr. 162 O. B. C. Zurhorst und K. Hochapfel in Davos. Viehhändler J. K. F. Lukow und J. M. C. Maaß. 28. Eisenbahn-Wagenwärter R. F. W. Falk und J. S. H. Fiehn. Kaufmann W. P. L. Hromeda und W. B. K. Baumann. Tischler K. F. H. Tiedemann in Timmendorferstrand und E. M. A. Jemba. Maurergeselle K. J. H. Schrader und F. H. Heine. Gärtner P. F. Gjörtz und S. E. C. Müggenburg in Klein-Gladebrügge. Fruchtpacker H. F. F. A. Schmugulski und E. D. P. H. Scheel, beide in Hamburg. Tischlergeselle J. H. L. Heick und M. Priess in Heidekamp.

Eheschließungen.

28. Februar. Bohrer W. H. Dürkop und S. F. Ullrich. 1. März. Kaufmann E. L. H. Wilkening in Christiania und H. F. C. Senff. Schlossergeselle H. J. F. Köster und A. H. F. Sasse. Arbeiter J. J. A. Burmeister in Mustin und J. K. M. Möller. Postbote A. O. L. Vermehren und E. D. M. Kost, beide in Hamburg. Gärtner H. G. Meier und J. A. H. J. Fernow.

Sterbefälle.

22. Februar. F. F. Kölzow, 6 Mt. C. E. J. geb. Käßler, Witwe des Kaufmanns E. H. A. Otto, 56 J. Handelsmann Chr. H. R. Korber, 59 J. 23. C. D. geb. Bigeest (Begecke), Witwe des Fuhrmanns H. H. H. Buthmann, 87 J. E. J. H. geb. Beythien, Witwe des Schiffszimmermanns P. A. R. Meyer, 81 J. 24. W. A. L. geb. Kosanke, Ehefrau des Schuhmachers C. H. Pagel, 52 J. M. S. L. Ott, 83 J. A. M. E. geb. Fickbohm, Ehefrau des Arbeiters C. G. Anderßon, 53 J. Arbeiter A. E. F. Weiland, 57 J. Arbeiter O. J. H. Kirchmann, 33 J. 25. J. C. E. geb. Tamm, Witwe des Arbeiters W. Chr. M. Schrader, 82 J. Ch. D. E. geb. Hensel, Witwe des Ober-Telegraphen-Assistenten St. C. Skatedzki, 80 J. W. M. H. Wendelborn, 2 Mt. 26. H. H. B. M. Zabel, 14 J. Bauunternehmer A. J. C. Volmer, 73 J. H. K. J. Frähmke, 14 T. A. M. geb. Holst verwitwete Böttger, Ehefrau des Schlossers J. G. H. Fick, 81 J. H. M. E. Ramke, 22 J. 27. Sergeant K. F. W. A. Ritz, 28 J. Fischergehilfe J. W. M. Jacobsen, 24 J. (Gothmund.) Gastwirt F. L. J. Lienshöft, 51 J. Bäcker F. Lowack, 43 J. W. K. Gotzhein, 5 Mt. 28. C. Chr. M. geb. Hinze, Witwe des Glockenläuters J. H. F. Rönpage, 81 J. J. Weber, 88 J. J. A. G. Koepp, 2 J. Altenteiler H. F. J. Schlottmann, 71 J. (Sterley).

1. M. C. geb. Wichers, Witwe des Arbeiters G. F. W. Möller, 74 J. F. D. Winkler, 74 J. W. B. J. Laudahn, 2 J. M. M. M. geb. Martens, Witwe des Schmiedemeisters J. J. H. Bennet (Bennett), 67 J. M. J. geb. Dose, Witwe des Arbeiters W. F. Th. Ibendorf, genannt Ehlers, 77 J.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 22.

* * *

Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Preis 30 Pfg. Aus der Serie der Führer durch die Reichsversicherungsordnung ist nunmehr auch der durch die Krankenversicherung erschienen. Er reiht sich würdig denen durch die Unfall- und durch die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung an. Das weitschichtige und darum für den Laien so wenig übersichtliche zweite Buch der Reichsversicherungsordnung ist von einem bekannten Sachkenner dieser schwierigen Materie in kurzgefaßten und dadurch rasch informierenden Kapiteln dargestellt. Besonders ist dabei Gewicht gelegt worden auf die Leistungen der verschiedenartigen Kassen, also auf die Rechte der Kassenmitglieder, ein Kapitel, das nicht nur von den neu in die Versicherung Einbezogenen, den Landarbeitern und dem Gesinde, sondern auch von den bisher schon Versicherten mit Interesse gelesen werden wird. Die vielen sonstigen Veränderungen, die die Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung außerdem gebracht hat, werden natürlich mit der gleichen Sorgfalt behandelt. Das billige Büchlein ist gut ausgestattet und mit einem ausführlichen Sachregister versehen. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Speditionen.

Briefkasten.

Drei Streitende. Unseres Wissens hat Lübeck gegenwärtig keine Ehrenbürger.

Zwei Streitende. Das Aufgebot muß auch in dem Orte, wo die Eheschließung vollzogen wird, erfolgen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma Carl A. Tancré in Wiesbaden bei.

Fünf enorm billige Sonder-Verkaufs-Tage für Leibwäsche und Schürzen.

Von Dienstag bis Sonnabend dieser Woche im Lichthof extra ausgelegt.

Damen-Leibwäsche:

Grosse Posten
Damen-Hemden mit Hohlnahtbesatz
Damen-Beinkleider mit Stickerei
Damen-Kniebeinkleider mit Stickerei
Damen-Nachtjacken mit Umlegekragen
Jedes Stück **1.25** M.

Grosse Posten
Ausstattungs-Hemden
Damen-Hemden mit Stickerei
Damen-Kniebeinkleider mit Stickerei
Damen-Nachtjacken mit Stickerei
Jedes Stück **1.95** M.

Grosse Posten
Ausstattungs-Hemden reich garn.
Ausstattungs-Hemden m. Stickerei und Einsatz
Damen-Kniebeinkleider reich garn.
Damen-Nachtjacken mit Stickerei
Jedes Stück **2.50** M.

3 Serien **Untertaillen** i. vielen Ausführungen u. all. Weiten — Serie I **95** ₰ Serie II **1.25** Serie III **1.75**

3 Serien **Stickerei-Unterröcke** in den modernsten Ausführungen — Serie I **2.75** Serie II **3.95** Serie III **5.50**

Damen-Tändelschürzen:

3 Serien **Tändelschürzen, weiß** mit Stickerei-Volants u. Einsätz. i. versch. Ausführung
Serie I **75** ₰ Serie II **95** ₰ Serie III **1.25**

3 Serien **Tändelschürzen, weiß** mit Träger, reich garniert, in vielen Dessins
Serie I **95** ₰ Serie II **1.25** Serie III **1.75**

3 Serien **Tändelschürzen, mit Träger** couleurt Satin in modernsten Dessins
Serie I **95** ₰ Serie II **1.25** Serie III **1.75**

Rudolph Karstadt.

1626

Plakate

betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Täglich frische Eier
(1620) **Boll, Paulstraße 5.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
(188) empfiehlt
J. H. Stoob, Engelsgrube.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Waldschule Lübeck-Wesloe.

Die für die Waldschule anzumeldenden Kinder sind bis zum 20. März durch ihre Eltern Herrn **Dr. med. J. Meyer, Königstr. 100,** 1. Etg., an den Wochentagen zwischen 4 und 5 Uhr vorzustellen. Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Der Vorsitzende der Waldschulkommission.
1624) **Dr. Wychgram.**

Achtung!
Bauarbeiter-Verbd.

Der Volksversammlung halber fällt die Mitgliederversammlung aus.
1629) **Der Vorstand.**

Achtung!
Zimmerer!

Die Mitgliederversammlung am Donnerstag, dem 6. März, findet nicht statt.
1618) **Der Vorstand.**

569

Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 ff. Doublee- oder goldplattierte Damen-Uhrkette 220 usw.
Schumann u. Wilke, Wittenberge.

Konzerthaus Fünfhausen.

Mittwoch: **Großer Eröffnungs-Tanz.**
Freitag: **Tanzkränzchen.**
1620) W. Ness.

Weh dem, der lügt.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins sind **Bücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Ortsverwaltung Lübeck.

Umständehalber findet unsere Mitglieder-Versammlung **nicht** Mittwoch, den 5. März, sondern **Mittwoch, den 12. März** statt.
1598) **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 5. März 1913
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:
23. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Konzertmeister J. Szanto.
Solist: Herr Konzertmeister Nowack.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Nocturno aus dem „Sommernachtstraum" F. Mendelssohn-Bartholdy.
Ouverture zu Sakuntala C. Goldmark.
Ouverture zu „Dichter und Bauer" Suppé.
Parade der Zinnsoldaten . L. Jessel.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. (1606

Hansa-Theater.

Täglich:
Das urkomische März-Programm.
8½ Uhr Anfang 8½ Uhr
Vorzugskarten gültig. (1616

Ab 11 Uhr: **Kabarett.**
Konferenzier: Herr **Hammer** plattdeutsches Unikum.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 5. März 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.

Autoliebchen.
Burleske Operette von Jean Gilbert.

Donnerstag, den 6. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
143. V. i. Voll-A. 24. V. i. Donnerst.-A.

Fra Diavolo.
Komische Oper von Auber.
Große Preise. (1607

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 53. Dienstag, den 4. März 1913. 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 3. März.

124. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch v. Tirpitz.

Die zweite Beratung des

Marineetats

wird fortgesetzt.

Noske (Soz.): Seit langem habe ich im Reichstag keine Debatte gehört, die mit so viel sattem Behagen und Selbstgefälligkeit geführt wurde, und in der so wenig politische Einsicht in die kommende Zeit gezeigt wurde, wie die diesmalige Debatte beim Marineetat. Man hat sich mit hoher Befriedigung darüber geäußert, daß Deutschland in kurzer Zeit eine so gewaltige Flotte gebaut habe. Als der Staatssekretär am Sonnabend davon sprach, er wolle in Zukunft den Versuch machen, den Taler zur Mark zu machen, ist ihm mit Recht aus der Mitte des Hauses zugerufen worden, bei den Ausgaben werde er sich in Zukunft sicher bemühen, die Mark zum Taler zu machen? — Man muß ihm zugestehen, daß ihm das Kunststück bisher in seiner Tätigkeit gründlich gelungen ist: die Flottenausgaben sind in einem geradezu rasenden Tempo gestiegen und haben sich in gar nicht langer Frist verdreifacht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß Organisationstalent und Technik ein ganz gewaltiges Instrument geschaffen haben und erkenne ebenso gern an, daß mit großem Eifer und mit viel Hingabe daran gearbeitet worden ist, dies Kriegsinstrument möglichst furchtbar in seiner Wirkung zu machen. Dem Staatssekretär ist bisher seine Ausgabe, die Flotte zu vergrößern, sehr leicht gemacht worden. Das Geld wurde ihm vielfach von einzelnen Parteien des Hauses förmlich aufgedrängt. Neuerdings beteiligen sich auch die Konservativen an diesem Wettbewerb der bürgerlichen Parteien, während es früher bei ihnen hieß: kein Kanitz, keine Kähne. Heute würde es Ihnen allerdings auch recht schwer fallen, noch mit solchen Oppositionsworten zu kommen. Dieses Wort war eine Art Pressionsmittel der Agrarier, um möglichst weitgehende Zugeständnisse zu erringen, und inzwischen sind sie mit wirtschaftlichen Vorteilen so überschüttet worden, daß es ihnen nicht mehr gut möglich ist, sich in der Opposition zu halten. Zu einem geflügelten Wort verdient der Ausspruch des Herrn Schultz von der Reichspartei zu werden: die hohen Kosten der Marine beklagt niemand mehr, als die Parteien, die die Kosten bewilligen müssen. Zum Zahlen haben allerdings die Parteien der besitzenden Klassen bisher nie sonderlich Lust gezeigt. Was Sie an Opfern gebracht haben, steht in gar keinem Verhältnis zu den Riesenlasten, die den breiten Massen des Volkes aufgepackt sind. Wie wenig groß die Opferwilligkeit dieser Herren ist, zeigt sich auch jetzt wieder. Sie begeistern sich ganz und gar nicht dafür, daß ihnen im Jubiläumsjahr eine Art Kontribution auferlegt werden soll, um die Rüstungsausgaben zu bezahlen. Herr Paasche hat im Zusammenhang mit seiner nationalliberalen Flottenpolitik auch geglaubt, vom Volke reden zu dürfen. Nun, das Volk hat am wenigsten Vorteile von dieser Politik bisher gehabt. Die Folge dieser Rüstungsausgaben ist nur gewesen, daß für sozialpolitische Zwecke und überhaupt für Kulturzwecke kein Geld mehr da war. — Herr Erzberger hatte insofern recht, als er darauf hinwies, daß das Steigen der Flottenausgaben zum Teil auf Fortschritte auf technischem Gebiet zurückzuführen ist. Daß unbrauchbare Schiffe gebaut werden, haben auch wir natürlich nie verlangt. Was wir beklagen ist, daß die Marineverwaltung es bisher noch nicht verstanden hat oder nicht verstehen wollte, der Rüstungstreiberei zwischen den großen Nationen Einhalt zu tun. Bei Erörterung der Frage, wer Schuld an dem Wettrüsten habe, hat Herr Erzberger mit der Bescheidenheit, die ihn ziert (Hört, hört! und Heiterkeit!) uns geraten, die sozialdemokratische Presse besser zu verfolgen, damit wir nicht mit ihr in Widerspruch geraten. Das ist ja gewiß nicht angenehm, aber viel böser ist es, wenn man, wie das bei ihm schon oft der Fall war, mit sich selbst in Widerspruch gerät. (Sehr gut! b. d. Soz.) Seine Ratschläge an unsere Adresse nehmen sich zurzeit besonders komisch aus, weil ihm erst in den letzten Tagen wieder nachgewiesen worden ist, daß er in Jahresfrist entweder nicht mehr weiß, was er geschrieben hat, oder sich so radikal in seinen Anschauungen gewandelt hat, daß jemand, der so öffentlich bloßgestellt ist, wie er, gar keinen Anlaß hat, sich anderen Parteien gegenüber als Schulmeister aufzuspielen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Also richtig ist, daß technische Fortschritte zur Steigerung der Rüstungen beigetragen haben. Aber die Kapitalisten der einzelnen Länder sorgen auch recht gründlich dafür, daß kein Land auf dem Gebiete des Rüstungswesens einen nennenswerten technischen Fortschritt erlangt. Deutsche Kapitalisten sind eifrig dabei, Rußland mit den besten und schnellsten Schiffen der Welt zu versorgen. Ihr patriotisches Gewissen tröstet sich mit dem Hinweis darauf, daß, wenn sie die Schiffe nicht bauen, dann ein anderes es tun würde. In Wirklichkeit freuen sie sich in dem Bewußtsein, daß die Rüstungen der benachbarten Staaten das eigene Land nach sehr kurzer Zeit abermals zu erneuten Anstrengungen zwingen. Auf der einen Seite rühmt man die großen Fortschritte des deutschen Luftschiffbaus und andererseits müssen wir hören, daß soeben erst nach einer glänzenden Probefahrt ein Parsevalluftschiff der russischen Regierung verkauft worden ist. — Zuzugeben ist, daß der Flottenetat außerordentlich übersichtlich gestaltet ist. Ueber den Umfang der deutschen Seerüstungen kann man sich im Inland und Ausland durchaus klar werden, von einem Versteckspielen in dieser Beziehung kann keine Rede sein. Die Mehrausgaben sind aber erheblich. 6350 Köpfe werden 1913 an Personal mehr vorhanden sein als 1912. Dem Bestande von 18877 Mann stehen nicht weniger als 21 062 Offiziere gegenüber, d. h. wir nähern uns rapide dem englischen Vorbild, daß anstelle der kurzdienenden Mannschaft sehr rasch eine wachsende Zahl von Leuten tritt, die 10 Jahre und mehr auf dem Schiffe Dienst tun. Fast auf jeden zweiten Mann in der deutschen Flotte kommt gegenwärtig schon ein Vorgesetzter. 1913 werden 73 000 Menschen auf der Flotte dienen. Von diesen spricht man so gut wie gar nichts, wenn von der Präsenz des Heeres die Rede ist. Der Bauwert der vorhandenen Flotte ist für 1913 auf die fabelhafte Summe von 1425 Millionen gesetzt. (Hört, hört!) Im Laufe des letzten Jahres sind auf einer ganzen Reihe von Kriegsschiffen Sammlungen für die nationale Flugspende vorgenommen worden. Auf dem Linienschiff „Westfalen" sind nur 2,65 Mark eingekommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das beweist, daß man keinerlei Druck ausgeübt hat. Aber ebenso ungerechtfertigt ist es, wenn man nachher die Kantinenüberschüsse, die der Mannschaft zugute kommen sollen, dazu benutzt hat, um einen höheren Betrag für diese Spende herauszuholen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf einem andern Schiff sind 1000 Mark eingekommen, die die Leute von ihrer geringen Löhnung sicher nicht freiwillig aufgebracht haben. Auf einem anderen Schiff wieder sind nur 10 Mark eingegangen, aber dort sind die Offiziere unmittelbar darauf genötigt worden, früher zum Dienst anzutreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Staatssekretär wird sicher jeden solchen Druck verwerfen, aber er sollte seinen Willen dann auch mit allem Nachdruck in die Erinnerung bringen. — Bei der neuen Kaiserjacht handelt es sich um jährliche Betriebskosten von mindestens 600 000 Mark. Für höfische Zwecke kann jetzt dem männerstolzen auch dem liberalen Bürgertum alles mögliche angeboten werden. Beim Bau des Kaiserschiffes wurde früher wenigstens der Schein gewahrt, als handele es sich um ein Kriegsschiff, das nur in Friedenszeiten dem Kaiser zu dienen habe. So wurde die jetzige „Hohenzollern" s. Zt. als Aviso gefordert. Jetzt glaubt man einen solchen Vorwand nicht mehr nötig zu haben. Ich behaupte, daß diese ganze Ausgabe verfassungswidrig ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nach der Reichsverfassung ist der zur Gründung und Unterhaltung der Kriegsflotte nötige Aufwand aus der Reichskasse zu bestreiten. Man sagt, das Schiff solle als Kommandoschiff dienen. Ich respektiere den Staatssekretär sicher als Autorität in Marinesachen, aber in diesem Falle ist seine Autorität durch eine Kaiserrede bedenklich erschüttert worden. Als die Lustjacht des Kaisers vom Stapel lief, hat er sich über die Aufgaben des Schiffes ganz anders geäußert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er sagte: Dem von Land zu Land Reisenden Ruhe und Erholung zu gönnen, den kaiserlichen Kindern und der Landesmutter Freude zu bringen, das ist seine Aufgabe. (Hört, hört! bei den Soz.) Also die bürgerlichen Kollegen, die aus militärischen Gründen das Kaiserschiff bewilligen wollten, werden schleunigst umlernen müssen. — Am Sonnabend ist davon gesprochen worden, daß die Marineverwaltung die Kosten für die Panzerplatten heruntersetzen möge. Die Tatsache steht fest, daß geraume Zeit hindurch ein Panzerplattentrust bestanden hat, dergestalt, daß sich die Fabriken in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Deutschland geeinigt hatten, sich gegenseitig nicht Konkurrenz zu machen. Dadurch haben sie sich auf Kosten der Steuerzahler ganz außerordentliche Profite verschafft. Auch heute noch sind die Gewinne, die Krupp macht, so riesengroß, daß die Vermutung naheliegt, daß auch jetzt noch das Reich viel zu hohe Preise bezahlen muß. Es geht nicht an, daß auf Kosten der deutschen Steuerzahler ein einziges Unternehmen, wie das Kruppsche, 30 Millionen und mehr pro Jahr herausholt. Wie systematisch die Kapitalisten darauf hinarbeiten, das Reich zu schröpfen, beweisen die Bestrebungen der letzten Zeit, ein Syndikat der Schiffsbauunternehmer ins Leben zu rufen. Bisher ist das Ziel noch nicht erreicht, aber da es sich dabei um Millionen-Gewinn handelt, wird es sicher weiter verfolgt werden. Der konservative Redner forderte eine Aufstellung über den Anteil, den die Arbeiterschaft und das Handwerk an den Marineaufträgen durch die Löhne hatten. Darüber hat der Nautikus schon eine Aufstellung gebracht, die nichts Neues enthielt, und keineswegs geeignet war, bei den Arbeitern eine besondere Flottenbegeisterung hervorzurufen. Wenn dasselbe Geld für produktive Zwecke Verwendung gefunden hätte, wären die Arbeiter ebenfalls beschäftigt gewesen, und der Vorteil für das Gesamtwohl wäre viel größer. Auf der andern Seite erwachsen der Arbeiterschaft auch schwere Nachteile aus dem Bestand der Marine. Hat doch sogar die Absicht bestanden, Marinemannschaften bei einem Streik der Schiffsleute zugunsten der Reeder als Streikbrecher zu kommandieren. (Hört, hört! bei den Soz.) Sollte die Marineverwaltung diese Absicht ausführen bei Gelegenheit, so würde das sicherlich nicht zur Förderung der Popularität der Marine beitragen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der beim Heere so häufig kritisierte Boykott sozialdemokratischer Lokale und Geschäfte scheint jetzt von der Marine nachgeahmt zu werden. Gegen diese Sozialistenbekämpfung der Marineverwaltung müssen wir aufs schärfste protestieren. Die Marineverwaltung möge doch daran denken, daß sie dadurch in die ernstesten Schwierigkeiten kommen kann. Auf den modernen Schiffen befinden sich die kompliziertesten technischen Einrichtungen, alle in den Händen von Sozialdemokraten. Die Marineschlosser, Elektrotechniker usw. kommen zu 98 % aus unseren Organisationen, sind Söhne sozialdemokratischer Väter. Also die Marineverwaltung hat am wenigsten Anlaß, in Sozialistenfresserei zu machen. Im letzten Jahre sind leider auch wieder zwei schwere Torpedokatastrophen vorgekommen, bei denen Mannschaften zu Tode gekommen sind. Man sagt, es liegen unvermeidliche Betriebsunfälle vor. Das können wir nicht nachprüfen. Ich erkenne durchaus an, daß die deutsche Marine erfreulicherweise verhältnismäßig wenig schwere Unfälle im Laufe der Jahre gehabt hat. Das läßt darauf schließen, daß im allgemeinen sorgsam verfahren wird. Aber in neuerer Zeit scheint auch auf diesem Gebiet mit forcierter Schneidigkeit gearbeitet worden zu sein, was wir aufs schärfste zurückweisen müssen. Sogar die allerhäßlichste Erscheinung des Landheeres, die Soldatenschinderei, kommt neuerdings auch in der Marine vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Die verantwortlichen Stellen sollten mit der gebotenen Schärfe dazwischen fahren, damit dies Übel nicht erst einreißt. Der in neuerer Zeit auch in der Marine mehr grassierende schneidige Ton bringt es auch mit sich, daß ein großer Teil der Unteroffiziere frühzeitig abgeht. Man sollte bedenken, daß nicht nur die Technik, sondern auch die Menschen moderner geworden sind, und sollte auf das verfeinerte Ehrgefühl dieser aus den höchst qualifizierten Teilen der Arbeiterschaft stam-

---

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Fräulein Schümann sah nach Herrn Thießen hin und ihre Augen waren sanft und ausdrucksvoll. So deutlich ihre Augen nur sprechen konnten, baten sie ihn, Frau Löbel heimzubegleiten, damit nicht schlimmere Dinge geschähen.

„Würde es sehr außerhalb Ihres Weges liegen?" fragte sie mit leiser Stimme.

„Gerade ganz entgegengesetzte Richtung," gab Thießen fest zurück.

„Wie ich hierher kam, weiß ich nicht," sprach Frau Löbel wieder und redete das Zimmer im allgemeinen an. „Es ist ein wahres Wunder für mich. Na, einmal ist genug für Lebenszeit."

„Herr Thießen," begann Käthe Schümann wieder mit leiser Stimme, „ich würde Ihnen so dankbar sein, wenn Sie Frau Löbel fortbringen wollten. Sie scheint es darauf abzusehen, Streit mit meiner Tante zu machen. Es ist sehr peinlich."

Es war schwierig, der Bitte zu widerstehen, aber Herr Thießen hatte eine sehr deutliche Vorstellung von der Dauer von Fräulein Schümanns Dankbarkeit; außerdem freute sich Seemke nur zu offen über sein Unbehagen.

„Sie kann ganz gut allein nach Hause gehen," flüsterte er.

Fräulein Käthe Schümann richtete sich verächtlich auf; Dr. Seemke, der über seine Rauheit empört war, eilte ihr zu Hilfe.

„Als Mediziner", sprach er mit beträchtlichem Aufwand von Wichtigkeit, „muß ich sagen, daß ich nicht glaube, daß Frau Löbel allein nach Hause gehen darf."

„Glauben Sie nicht?" fragte Thießen grimmig.

„Sicherlich nicht," meinte der Doktor im Brustton der Ueberzeugung.

„Nun, warum begleiten Sie sie denn nicht," erwiderte ihm Thießen, „es ist doch ohnehin Ihr Weg. Ich habe einige Neuigkeiten für Fräulein Schümann."

Diese sah von einem zum andern und schelmische Lichter erschienen in ihren Augen, als sie auf den elegant gekleideten stolzen Seemke blickte. Von hier aus sah sie dann nach der andern Seite des Zimmers, wo Frau Löbel unverwandt Frau König ansah, die vergebens versuchte, diese Tatsache zu ignorieren.

„Ich danke Ihnen sehr —" wandte sich Fräulein Schümann an den Doktor.

„Ich bedauere," begann Seemke mit einem entrüsteten Blick auf seinen Nebenbuhler.

„O, wie Sie wollen," entgegnete das junge Mädchen kühl. „Bitte, entschuldigen Sie, daß ich Sie darum bat."

„Wenn Sie es wirklich wünschen," sprach da der Doktor und stand auf.

Fräulein Schümann lächelte ihn an und auch Thießen zeigte ihm ein Lächeln gütiger Ermutigung, aber letzteres ignorierte er. Er ging durch das Zimmer und verabschiedete sich von Frau König, dann fragte er Frau Löbel mit einigen abgerissenen Worten, ob er vielleicht behilflich sein könne, sie nach Hause zu begleiten.

„Ich bin Ihnen sicherlich sehr verbunden," erklärte diese Dame und erhob sich. „Es scheint wenig Zweck zu haben, auf meinen zukünftigen Schwiegersohn zu warten. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend, gnädige Frau; ich kann jetzt verstehen, warum Max nicht gekommen ist."

Mit diesem Abschiedsgruß verließ sie das Zimmer, lehnte sich auf des Doktors Arm und segelte majestätisch den Gartenweg nach der Pforte hinab. Jede Feder auf ihrem Hut zitterte als Folge ihrer inneren Erregung.

„Nett von ihm, nicht wahr?" meinte Thießen und sah mit triumphierendem Lächeln aus dem Fenster.

„Sehr," antwortete Fräulein Schümann kühl und setzte sich zu ihrer Tante. „Welches sind die Nachrichten, auf welche Sie soeben Bezug nahmen? Handelt es sich vielleicht um meinen Vater?"

Sechzehntes Kapitel.

Die beiden Damen nahmen Herrn Thießens Mitteilungen mit einem Gefühl entgegen, das dem der Erstarrung nahe verwandt war; denn der Gedanke, daß der Selbstherrscher dieser Villa sich als „blinder Passagier" an Bord des Schiffes eines alten Feindes befand, erwies sich als zu ernsthaft für eine der üblichen Bemerkungen. Frau Königs gewöhnliche Ausrufe der Ueberraschung: „Nein, wer hätte das gedacht!" oder „Barmherziger Gott!" erstarben ihr auf den Lippen, und hilflos saß sie da, und starrte mit großen Augen auf ihre Nichte.

„Ich möchte wohl wissen, was er gesagt hat", stöhnte sie schließlich.

Fräulein Schümann, welche versuchte, sich ihren Vater in seiner neuen Rolle an Bord der „Fortuna" vorzustellen, achtete nicht auf sie. Es war ihr kein angenehmer Gedanke und ihre Augen blitzten vor Zorn, als sie daran dachte. Früher oder später würde die ganze Geschichte öffentliches Geheimnis sein.

„Ich hatte immer schon die Idee, daß er nicht in Hamburg sei," murmelte Frau König. „Denke nur mal, daß dieser Nathan Schmidt, als er in Peter Wilkens Zimmer war, uns solche Unwahrheiten erzählt hat. Er errötete nicht einmal dabei!"

„Aber Du sagtest doch, Du könntest Dir Vater ausmalen, wie er in den Straßen von Hamburg umherspaziere, mit seinem Stolze kämpfe und versuche, sich zu entschließen, wieder nach Hause zurückzukehren," bemerkte ihre Nichte maliziös.

Frau König wurde unruhig, bevor sie aber an eine zufriedenstellende Antwort denken konnte, trat Bella in die Tür und wollte sie einen Augenblick sprechen. Herr Thießen nahm den Vorteil ihrer Abwesenheit sofort wahr, lehnte sich zu Fräulein Schümann herüber und drückte ihr mit leiser Stimme seinen Kummer über das Mißgeschick ihres Vaters, zu gleicher Zeit aber seine feste Ueberzeugung aus, daß alles Denkbare geschehen werde, um dem unglücklichen Seemann alle Annehmlichkeiten zu bieten. „Unsere Väter werden wahrscheinlich als gute Freunde zurückkommen," schloß er. „Nichts würde mich mehr freuen als das, und ich glaube, wir selbst würden besser tun, damit gleich anzufangen, um ihnen ein gutes Beispiel zu geben."

„Es hat wenig Zweck, Leuten, die Hunderte von Meilen entfernt sind, ein gutes Beispiel zu geben," meinte das mit sicherm Blick für das Wirkliche begabte Fräulein Schümann. „Außerdem, wenn sie Freunde geworden sind, brauchen sie kein Beispiel mehr."

„Aber in diesem Falle haben sie uns ein Beispiel gegeben, dem wir folgen sollten," riet Thießen.

Fräulein Schümann erhob die Augen zu ihm. „Weshalb wünschen Sie so freundliche Beziehungen?" fragte sie mit verlegen machender Ruhe.

„Ich möchte Ihren Vater kennen lernen," gab Thießen mit vollkommenem Ernst zurück, „und auch Frau König — und Sie."

Er sah sie fest an, während er sprach, und Fräulein Schümann fühlte, daß trotz ihrer äußersten Anstrengungen ein schwacher Schatten von Rot in ihren Wangen aufstieg. Sie erinnerte sich an den versteckten Angriff gelegentlich ihrer letzten Unterredung bei Herrn Wilkens, und die Notwendigkeit, diesem hartnäckigen jungen Mann eine ernste Lektion zu erteilen, kam ihr mit der ganzen Kraft einer staatsbürgerlichen Verpflichtung zum Bewußtsein.

„Warum?" fragte sie leise, wobei sie ihren Blick senkte und eine nachdenkliche Miene annahm.

„Erstens bewundere ich ihn als tüchtigen Seemann," erklärte Thießen.

(Fortsetzung folgt.)

menden Leute mehr Rücksicht nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gegen das Bestreben der Fortschrittler, eine größere Anzahl von Leuten in der Marine mit der Strafgewalt auszurüsten, müssen wir protestieren. Ich erinnere daran, daß sich im Jahre 1910 10 Selbstmorde in der Marine ereignet haben, die mit Furcht vor Strafe motiviert wurden. (Hört, hört!) Die Bestrebungen, das Marineingenieurkorps herabzudrücken, beweisen, daß der Kastengeist sich immer mehr in der Marine ausbreitet. Die Niederlage des Zentrums in der Kommission in der Frage der Tafelgelder hat die Zentrumspresse verstanden, in einen großen Erfolg umzulügen. Wichtiger als dieser Froschmäusekrieg ist die Verkürzung der Dienstzeit. Durchschlagende Gründe dagegen hat der Staatssekretär am Sonnabend nicht beigebracht, aber er ist dem Zentrum über den Antrag nicht böse, weil er weiß, daß er nicht ernst gemeint ist. Daß die Konservativen und Nationalliberalen sich für die dreijährige Dienstzeit ausgesprochen haben, ist erklärlich, die jungen Leute ihrer Kreise haben ja nicht solange zu dienen. Für die wichtigste in der Kommission behandelte Frage wurde in der Öffentlichkeit die Frage der Rüstungsverständigung mit England bezeichnet. Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß auch die Regierung nunmehr eine solche Verständigung wenigstens für möglich erklärt. Wir Sozialdemokraten verkennen nicht, daß die Kapitalisten aller Länder, nicht nur die Deutschlands, zu Rüstungen treiben, und da ist es selbstverständlich, daß wir deutschen Sozialdemokraten gegen die Kriegshetzer und Kriegstreiber in Deutschland Stellung nehmen, wie die französischen Sozialdemokraten gegen die in ihrem Lande und die englischen in England. Kaum war die letzte Flottennovelle bewilligt, so ging der Schrei nach neuen Kreuzern wieder los, und daran beteiligten sich auch einige Parlamentarier, auch der Kollege Erzberger. Zentrumsblätter wie konservative verlangen eine Politik, die zu einem Angriff Frankreichs und Englands gegen uns führen soll. Nationalliberale Blätter und führende Parlamentarier betreiben natürlich dieselbe Hetze, vor allem scheint mir da die Tätigkeit des Herrn Bassermann gefährlich, den die auswärtige Politik immer nicht aggressiv genug ist. Die Hoffnung des Volkes auf eine Abnahme der Rüstungslasten ist nach dem Schauspiel, das wir in Deutschland, Frankreich und Rußland sehen, außerordentlich gering. Es gehört mit zu den beschämendsten, das unsere Nachkommen sich vorstellen werden, daß unsere Diplomaten es nicht verstanden oder nicht gewollt haben, über ein internationales Rüstungsabkommen sich zu verständigen. Wir Sozialdemokraten geben uns der Hoffnung hin, daß schließlich auch in der Rüstungsfrage die Vernunft siegen wird; die sichere Gewähr dafür erblicken wir in der wachsenden Zahl der klassenbewußten Arbeiter. Das erfreulichste in dem Tohuwabohu der Kriegs- und Rüstungshetzerei ist, daß die Proletarier in allen Ländern ihren Abscheu dagegen zum Ausdruck bringen. Aus der gleichen Friedensliebe, die die französischen und englischen Sozialdemokraten am Sonnabend zum Ausdruck brachten, werden auch wir das Flottenbudget ablehnen: wir glauben, unseren Protest gegen die Rüstungspolitik dadurch am besten zum Ausdruck zu bringen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz bestreitet, daß auf Mannschaften und Unteroffiziere ein Druck ausgeübt wurde, sich an der Nationalflugspende zu beteiligen. Von den Ausgaben für die Flotte kommt der größte Teil den Arbeitern in Form von Arbeitslöhnen zugute. (Lachen bei den Soz.) Zu Streikbrechern haben wir unsere Leute nicht hergegeben, sondern wir haben eingegriffen, wo es sich um die Interessen des Postverkehrs und unseres Verkehrs in den Kolonien handelte, und werden das auch ferner tun. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Bei einem Verbot bestimmter Lokale für unsere Mannschaften mußten wir einfach dem Ersuchen der Zivilbehörden Folge leisten. Der Abg. Noske klagte, die Rüstungen lassen kein Geld für soziale Ausgaben übrig. Aber kein Land gibt für soziale Zwecke soviel aus wie Deutschland. (Bravo! bei den bürgerl. Parteien.)

Dr. Struve (Vp.): Gegenüber dem Abg. Noske halte ich daran fest, daß auf den Schiffen auch den Marineingenieuren eine gewisse Strafgewalt eingeräumt werden muß.

Erzberger (Z.): Herr Noske soll uns das Kunststück mal vormachen, Sparsamkeit im großen zu üben. (Sehr gut! im Zentr.) Unser Antrag über die Tafel- und Messegelder hat in der Kommission auch ein Sozialdemokrat unterstützt. (Widerspruch bei den Soz.) Mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit ist es uns vollkommen ernst. Die Heizer verdanken ihre Zulagen ganz sicher nicht den Sozialdemokraten, da diese ja den ganzen Etat ablehnen. (Sehr gut! im Zentr.)

Noske (SD.): Der Staatssekretär meint, den Vorteil vom Bauen einer Flotte hätten die Arbeiter. Wir betrachten es im Interesse der allgemeinen Kulturentwickelung nicht als erfreulich, wenn ein so großer Betrag der Steuern und Zölle der Volkswirtschaft entzogen und zu unproduktiven Zwecken ausgegeben wird. Ueberrascht bin ich, daß bei Verhängung des Lokalboykotts die Marineverwaltung der Anweisung der Zivilverwaltung einfach folgt; das braucht sie bei solchen kleinlichen politischen Kampfmaßregeln sicherlich nicht. Daß Marinemannschaften bei einem Streik als Streikbrecher zur Verfügung gestellt worden sind, hat der Staatssekretär lediglich bestätigt. In bezug auf Ausgaben für sozialpolitische Zwecke ist England bereits Deutschland voraus. Wenn Herr Erzberger im großen sparen will, so möge das Zentrum sich dafür einsetzen, daß in Deutschland eine vernünftige Friedenspolitik betrieben wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) In bezug auf die Tafel- und Messegelder hat kein Sozialdemokrat in der Budgetkommission Herrn Erzberger unterstützt, sondern sich lediglich das Aufrumpfen des Staatssekretärs als ungehörig verbeten. Die zweijährige Dienstzeit kann das Zentrum erreichen, wenn es den nötigen Nachdruck dahintersetzt. Wenn es das nicht tut, beweist es, daß es ihm nicht ernst ist. Würde das Zentrum etwa dem Kanzler sein Gehalt bewilligen, wenn er neue Ausnahmegesetze gegen die Katholiken einbrächte? Es wäre das ein Akt schlimmster Würdelosigkeit. Eben noch hat der Staatssekretär bestätigt, daß die Regierung fortdauernd eine Politik betreibt, die gegen die Grundsätze der Sozialdemokratie aufs schärfste verstößt. (Gr. Heiterkeit.) Sie, die Sie mit der Regierung gute Geschäfte machen, mögen ihr den Etat bewilligen, wir, die wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, werden den Etat ablehnen und unsere Wähler verstehen das. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion.

Erzberger (Z., persönlich): In der Kommission hat ein Sozialdemokrat ausdrücklich gesagt, mein Antrag wird Gesetz.

Dr. Südekum (SD.): Ich habe in der Kommission erklärt, der Staatssekretär scheine der Berechnung der Frage, ob zuviel Reisegelder bezahlt worden sind, aus dem Wege gehen zu wollen, indem er sein Amt zur Verfügung stelle, und habe hinzugefügt, wenn er so verfahre, ist eine Mehrheit für den Antrag sicher, denn so lassen wir uns nicht behandeln.

Der Titel wird mit dem von der Kommission vorgenommenen Abstrich gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Die Resolution Ablaß (Vp.) auf Veröffentlichung der Geschäfte der Verwaltungsoffiziere und -Beamten wird angenommen. Desgleichen die Resolution Ablaß, bei Vergebung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in der Hausarbeit hergestellt werden, die Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen zu berücksichtigen.

Es folgt das Kapitel „Bekleidung".

Albrecht (SD.): Das Recht, Kritik zu üben, werden wir uns von Herrn Erzberger nicht nehmen lassen. Die Massen müssen bezahlen, was Sie mit Hurra bewilligen. Klagen der Arbeiter liegen aus den Bekleidungsämtern Wilhelmshaven und Kiel vor. Die Kleider werden an ungefähr 1500 weibliche Heimindustrielle vergeben; nur 200 männliche Arbeiter werden beschäftigt. Diese Sparsamkeitspolitik bedeutet eine unerhörte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte, die für 5 bis 6 Stunden Tagesarbeit 30 bis 36 Mk. monatlich erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir verlangen durchaus nicht, daß keine Frauen von den Bekleidungsämtern beschäftigt werden sollen, aber es genügte, wenn die Hälfte der Garderobe von Frauen hergestellt würde. Von ihrer vorjährigen Absicht, noch mehr Arbeit in die Heimindustrie zu vergeben, ist die Marineverwaltung zurückgekommen. Dafür hat man einfach von den Arbeitern verlangt, daß sie jetzt einen Mantel pro Woche mehr machen. Das ist eine merkwürdige Art der Sozialpolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Infolgedessen herrscht große Mißstimmung unter den Arbeitern der Bekleidungsämter. Wenn sich trotzdem noch so viele Arbeiter zu dieser Arbeit drängen, so zeigt das nur, wie groß die Arbeitslosigkeit ist. 25 Prozent dieser Heimarbeiter in Kiel sind in den letzten vier Jahren nach Lungenheilstätten überwiesen worden, und da spricht man von Musterbetrieben. Die Löhne sind ja Ende Februar um 5 bis 10 Prozent erhöht worden, aber was will das sagen angesichts der Tatsache, daß die Arbeit um 8 bis 10 Prozent gestiegen ist. Die Werkstellen sind zu niedrig und deshalb ungesund, besonders in der Schuhmacherei. Ferner wünschen die Arbeiter die achttägige statt der vierzehntägigen Lohnzahlung und die Beseitigung des Nähkartensystems. (Bravo! bei den Soz.)

Admiral Napelle: Nicht 200, sondern 400, 500 Arbeiter sind auf beiden Bekleidungsämtern beschäftigt. Das Nähkartensystem ist eine Wohlfahrtseinrichtung. Die Uniformen müssen möglichst billig hergestellt werden, damit die Matrosen nicht soviel für ihre Uniformen zu zahlen haben. Diese Sparsamkeit ist also im Interesse der Matrosen berechtigt. Daß die Nähfrauen nicht, wie es der Wortlaut eines bestehenden Befehls eigentlich verlangt, nur 1 bis 1½ Stunden beschäftigt werden, ist richtig. Aber sie sollen nicht mehr Arbeit bekommen, als sie in Nebenarbeit leisten können. 50 Prozent der Nähfrauen sind alleinstehende Frauen. Es wäre ja schrecklich viel, wenn wirklich soviel Arbeiter in Lungenheilstätten geschickt würden. Ich werde das sofort nachprüfen. Die hygienisch nicht genügende Werkstelle ist eine ältere; wenn Sie uns das Geld bewilligen, werden wir gern eine neue bauen. (Heiterkeit.) Im übrigen hat Herr Noske, als er die Werkstellen besichtigte, seinerzeit erklärt: hygienisch tadellos. Sonst hatte er natürlich eine Menge auszusetzen. (Heiterkeit.)

Albrecht (SD.): Die Matrosen müssen dann eben höhere Löhnung bekommen, damit die Arbeiter für die Herstellung der Kleider anständig bezahlt werden können. 50 Prozent der Nähfrauen haben einen Ernährer. Diese Ernährer sollten so bezahlt werden, daß ihre Frauen den Handwerkern nicht die Arbeit wegnehmen.

Admiral Napelle: Der Vorwurf, daß die Gesundheitsverhältnisse so schlecht sein sollen, trifft uns doch sehr schwer. Der Prozentsatz ist wohl dadurch höher geworden, daß wir zum Teil Leute beschäftigen, die die Privatindustrie nicht mehr nehmen würde.

Giesberts (Z.) bittet um möglichste Berücksichtigung der Heimarbeiterorganisation.

Behrens (WVg.) regt an, die Fachausschüsse bei der Feststellung der Löhne zu hören.

Semler (NL.) verteidigt die Beschäftigung von Nähfrauen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften".

Brandes (SD.): Was ich im Vorjahre über die Beschwerden der Arbeiter vorgebracht habe, waren keine Petticoat Roggengeschichten (Heiterkeit), sondern beruhten auf genauer Information. Auch diesmal liegen wieder genügend Beschwerden vor. Zunächst über die Arbeitsordnung. In ihrem § 1 heißt es: „Die Arbeiter dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen Behörden und Arbeitern stören wollen." Mit dieser Bestimmung kann man jeden hängen, den man hängen will, zumal nach § 2 jeder Arbeiter in den ersten vier Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen werden kann. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese politische Bevormundung ist auch ganz unlogisch, denn auf den wichtigsten Stellen auf den Schiffen können Sie ja gewerkschaftlich organisierte und sozialdemokratische Arbeiter gar nicht entbehren, wenn Sie die Schiffe nicht einfach stillstehen lassen wollen. Da ist es blühender Unsinn, solche Arbeiter in den Werkstätten auf dem Lande nicht zu dulden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das führt zu den verächtlichsten Schnüffeleien, die der Reichstag wohl mit Ausnahme der Konservativen einmütig verurteilen wird. In einem Falle hat das Landgericht die Oberwerftverwaltung zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses zwingen müssen. Eine ähnliche Blamage wird sich die Verwaltung in ihrem neuen Erlaß vom 4. Februar holen, wonach Lehrlinge bei Strafe der Entlassung den Nachweis zu erbringen haben, daß sie aus dem Arbeiterjugendbund ausgetreten sind, und daß ein Abonnement auf die Arbeiterjugend als gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zum Bunde betrachtet werde. Die Lehrlinge sollen also beweisen, daß sie aus einem Verein ausgetreten sind, der gar nicht existiert. (Heiterkeit bei den Soz.) Und wie will die Marineverwaltung das Lesen der Arbeiterjugend bei Verwandten und Freunden verhindern? (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kommission hat eine Resolution gegen die Verfügung angenommen, die den Beamten Kollektiveingaben verbietet. Wir erwarten die Zurückziehung dieser Verfügung. Ferner fordern wir eine Erweiterung der Kompetenzen der Arbeiterausschüsse, wie sie die Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes verlangt. Der neue Lohntarif hat für kleine Gruppen Verbesserungen gebracht. Aber die Mieten in Danzig und Wilhelmshaven sind besonders hoch, und die Arbeitskraft der Leute wird durch ein raffiniertes Beaufsichtigungssystem immer mehr ausgenutzt. Infolgedessen steigt auch die Krankenziffer in den Betriebskrankenkassen der Marine und er Torpedowerkstatt. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Vorjahre sagte ein Regierungsvertreter: Wir bleiben immer etwas über den Löhnen der Privatindustrie. Das ist ein bedauerlicher Irrtum. Redner führt Nachweis hierfür bei verschiedenen Beamtenkategorien. Freilich gibt es in Danzig noch Privatbetriebe, die jammervolle Löhne von 30 bis 40 Pfg. zahlen. (Hört, hört! bei den Soz.) Will sich die Marineverwaltung etwa nach diesen richten? Die Arbeiter klagen über die Reduzierung der Akkorde, verlangen die Beseitigung des Prämiensystems in der Torpedowerkstatt und werden durch Ueberstunden gedrückt, bei denen die soziale Wohltat des 9-Stunden-Tages zum Teufel geht. Die Arbeiter ziehen die ungeteilte Arbeitszeit vor. Für die Heizer sollte der Achtstundentag durchgeführt werden, ebenso für die Maschinenwärter. Der erste Urlaub wird heute erst nach fünf Jahren gewährt. Diese Frist sollte wesentlich herabgesetzt werden. Ebenso selbstverständlich ist die Forderung der Bezahlung der Feiertage, sowie der wöchentlichen Lohnzahlung. Bei den Hafenarbeitern werden in sehr starkem Maße Ausländer beschäftigt; man hat Deutsche entlassen, um Holländer einzustellen. Beleidigt fühlen sich die Arbeiter durch einen Tagesbefehl, der 100 Mark Belohnung aussetzt für Namhaftmachung eines Diebes. Es handelt sich um zentnerschwere Gegenstände, die wahrscheinlich irrtümlich nach einem Alteneisenhof vertrieben worden sind, wenn sie nicht gar in dem ominösen Danziger Wasserloch verschwunden sind. Wenn die Kaiserlichen Werftbetriebe Musterbetriebe werden sollen, muß noch viel verbessert werden. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Was müßten wir wohl tun, um dem Vorredner nicht Anlaß zur Kritik zu geben! Die Angaben seiner anonymen Gewährsleute sind doch nur mit Vorsicht aufzunehmen. Auf eine Erkundigung bei der Einstellung von Arbeitern können wir nicht verzichten. Das tut jede Hausfrau, wenn sie ein Mädchen mietet, und auch wir, wenn wir einen Beamten einstellen. Das muß auch den Arbeitern gegenüber erlaubt sein. Daß Lehrlinge nicht in Vereine eintreten dürfen, die sozialdemokratische Propaganda treiben, ist selbstverständlich. Der außerordentlich starke Zudrang zu unseren Betrieben trotz der günstigen Konjunktur beweist, daß die Arbeiter nicht so über uns urteilen wie der Abg. Brandes. Musterbetrieb ist ein ganz undefinierbarer Begriff. Unsere Arbeiter werden jedenfalls sehr wohlwollend behandelt. Einzelne Uebergriffe kommen eben überall vor. Mit unseren Löhnen und der Arbeitszeit müssen wir uns nach der Privatindustrie richten, wenn unsere Werften zur Einwirkung auf die Preisbildung konkurenzfähig bleiben sollen. Die ungeteilte Arbeitszeit hat sich nicht bewährt. Für die Hafenerweiterungsarbeiten haben wir zum Teil inländische Arbeiter nicht bekommen.

Weinhausen (Vp.) bringt mehrfache, schon in der Kommission von ihm vertretene Wünsche verschiedener Kategorien von Angestellten und Arbeitern zur Sprache.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen; das Etatnotgesetz.)

Schluß 7¼ Uhr.

Aus der Partei.

Eine Konferenz der Bezirks-Bildungsausschüsse findet am 8. und 9. März in Berlin statt, nicht aber, wie irrtümlich mitgeteilt worden ist, eine Konferenz aller Bildungsausschüsse. Da beim Zentralbildungsausschuß schon mehrere Meldungen von Orts- und Kreisbildungsausschüssen eingelaufen sind, ersucht uns der Zentralbildungsausschuß um die ausdrückliche Feststellung, daß die Konferenz nur für Delegierte der Bezirks-Bildungsausschüsse bestimmt ist, also alle anderen Anmeldungen zurückgewiesen werden müssen. Orts- und Kreisbildungsausschüsse müssen deshalb ihre Wünsche für die Konferenz rechtzeitig den für sie zuständigen Bezirksbildungsausschüssen zur Kenntnis bringen, damit sie sie auf der Konferenz vertreten. Da auf der Konferenz über die Verteilung der Wanderkurse für den nächsten Winter vorläufige Bestimmungen getroffen werden sollen, wird den Orts- und Kreisbildungsausschüssen dringend empfohlen, ihre Wünsche auf Wanderkurse den Bezirksbildungsausschüssen sofort zu übermitteln.

Die Sozialdemokratie wird zu Tode gebetet. In der schwarzen Oberpfalz verfallen die frommen Zentrumschristen neben den bekannten terroristischen Mitteln auf die tollsten Kampfmethoden gegen die immer entschiedener vordringende Sozialdemokratie. Ein neues Mittel ist in dem Orte Friedenfels am Steinwald entdeckt worden. Dort treibt das Zentrum die abscheulichste Verhetzung, die man sich denken kann. Um die Sozialdemokratie auszurotten, ließ man vor einiger Zeit Missionspater kommen. Die „Fränkische Volkstribüne", unser Bayreuther Parteiblatt, schilderte in einem Artikel die Agitation, die im Beichtstuhl betrieben wird. Der Artikel wirkte, wie der Funke im Pulverfaß. Der Pfarrer verlas ihn von der Kanzel herab und höhnte darüber, er sprach von Niederträchtigkeit und Gemeinheit, meinte aber, klagbar vorzugehen, lohne sich nicht, dafür schlug er vor, für die verlorene Seele des Artikelschreibers drei Vaterunser zu beten. Darauf wurden auch wirklich von der frommen Gemeinde für den sozialdemokratischen Artikelschreiber drei Vaterunser gebetet. Seitdem die Mission im Orte ist, beten einige besonders Fromme bei der Messe für den Austritt eines Parteigenossen aus der sozialdemokratischen Wahlkreissektion. Das ist wohl das allerneueste und originellste Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie.

Schmock an der Arbeit. Die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in Gera in Reuß j. L. erfreut sich in ausgiebigem Maße der Aufmerksamkeit der auswärtigen bürgerlichen Presse, die sich von einem Geraer Zeilenschinder über die Tätigkeit dieser Mehrheit mit jenen Schwindelnotizen bedienen läßt, die dann bei Wahlkämpfen in allen Gegenden Deutschlands von den Gegnern gegen unsere Partei ausgespielt werden. Ein Beispiel mag diese lügenhafte Berichterstattung beleuchten. Die auswärtige bürgerliche Presse berichtet aus Gera über die Beratung des Etats im Gemeinderat:

„Weiter wurde dem Stadtkämmerer eine Alterszulage, die vordatiert werden sollte, abgelehnt, weil er vor etwa zwei Wochen noch nicht hat wissen wollen, daß der städtische Überschuß von 1911/12 nicht 125000, sondern 360000 Mark betrug. Der Versicherung des Oberbürgermeisters, daß der Kämmerer erst in der letzten Woche die nötigen Unterlagen erhalten hat, glaubte die Mehrheit nicht."

Die Ablehnung ist also als Racheakt der sozialdemokratischen Mehrheit geschildert. Diese Darstellung ist glatt erlogen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Der Gehaltsausschuß bewilligte dem Kämmerer im Vorjahre eine Alterszulage, die noch nicht fällig war. Das sollte auch dieses Jahr wieder geschehen. Der Etatsausschuß, dem auch bürgerliche Mitglieder angehören, erklärte sich aber einstimmig gegen diese Vordatierung, um nicht das Gehaltsregulativ zu durchbrechen. Ein bürgerliche Mitglied begründete diese Stellungnahme und betonte ausdrücklich, daß der Ausschuß sich nicht von persönlichen Gründen habe leiten lassen und nur der wiederholten Durchbrechung des Gehaltsregulativs vorbeugen wolle. Bürgerliche Debatte-Redner stimmten dem zu. Das alles verschweigt der Schmock in seiner Schwindelnotiz. Die Absicht ist klar: Die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit soll um jeden Preis verdächtigt werden. Und die auswärtige bürgerliche Presse, an die Schmock diese Schwindelnotizen verhökert, hat es noch nie für nötig befunden, richtig zu stellen, was als Schwindel nachgewiesen wurde.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifverhandlungen im Holzgewerbe. Die zentralen Verhandlungen für das Holzgewerbe wurden im Beisein der Ortsparteien aus allen Vertragsorten am 28. Februar, 1. und 2. März in Berlin fortgesetzt. Trotz der von mehreren Bezirksverbänden des Arbeitgeberschutzverbandes erfolgten Ablehnung des Schiedsspruchs des Freiherrn v. Berlepsch wurden jedoch sämtliche Verhandlungen auf der Grundlage dieses Schiedsspruchs geführt und es konnte auch bereits für

rere Orte eine endgültige Verständigung herbeigeführt den. Bis zum Mittag des 2. März waren auf diesem ge die Verträge zwischen den Ortsvertretungen vereinbart Barmen, Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Bromberg, nzig, Darmstadt, Dresden, Eberswalde, Erfurt, Görlitz, ttingen, Greifswald, Hildesheim, Langenöls, Leipzig, neburg, München, Posen, Rendsburg, Schwerin, Span, Thorn, Ülzen, Zeitz, Zittau mit Groß-Schönau. Für ige weitere Städte, darunter Braunschweig, Harburg a. E., ße und Oldenburg ist ebenfalls im großen d ganzen eine Verständigung erzielt worden. Nur r einzelne Differenzpunkte sollen die Zentralstände noch eine endgültige Entscheidung treffen. e Verhandlungen für die übrigen Orte werden noch fortetzt. Am 3. März verhandeln die Parteien aus Berlin, rg bei Magdeburg, Halle, Hannover, Höchst a. M., Kiel, ln a. Rh., Luckenwalde, Lübeck, Magdeburg, Potsdam d Stettin. Für die Orte Crefeld und Düsseldorf sind die rhandlungen in Berlin abgebrochen worden und werden ort örtlich weiter geführt. Die Zahl derjenigen Orte, in nen eine Einigung überhaupt unmöglich schien, ist infolge ses Resultats stark zusammengeschrumpft. Angesichts der tsache daß in der Mehrzahl der Städte eine Einigung erlte, ist der Opposition der Scharfmacher in jenen Orten Boden entzogen worden. Ob die Holzindustriellen es gut finden, ihren ablehnenden Standpunkt weiterhin aufht zu erhalten, kann für die Gesamtheit kaum noch von oßer Bedeutung sein. Wenn sich auf dem Wege friedher Verhandlungen eine Verständigung für einzelne Orte ht sollte erzielen lassen, so bleiben ja dem Holzarbeiterrbande auch noch andere Mittel, um schließlich auch in esen Orten zu dem gewünschten Resultat zu gelangen.

Drohende Generalaussperrung der Herrenkonfektionsneider in Deutschland. In einer von über 2000 Herrenfektionsschneidern besuchten Mitgliederversammlung des chneiderverbandes in Berlin wurde Sonntag mittag einmmig der Beschluß gefaßt, am Montag früh in den Beeben der Herrenkonfektion die Arbeit einzustellen. Der entralverband der Unternehmer hat für diesen Fall die ussperrung im ganzen Lande angedroht. Die Führer des chneiderverbandes erklärten, daß die Arbeiter den Kampf ufnehmen werden ohne Rücksicht auf die Drohungen des nternehmerverbandes. Sie halten die Höhe der Löhne für e Wirtschaftsverhältnisse und die Anforderungen, die an in der Arbeitsleistung gestellt werden, nicht mehr für geigend.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt. Der Streik hat mit m 1. März dadurch an Wirkung zugenommen, daß die teuerleute, soweit sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen entben sind, die Fahrzeuge verlassen haben. Am 26. Februar d an der oberen Oder die Wehre gerichtet und die Schiffhrt sollte aufgenommen werden. Die Oderreeder haben les aufgeboten, um die Mannschaften zur Aufnahme der hiffahrt zu veranlassen. Den Steuerleuten wurde angedroht, ß, wenn sie ihre Stellung nicht antreten, die Schiffe andereitig besetzt werden; doch die Schiffsführer denken nicht ran, die Arbeit aufzunehmen. Der Unternehmerverband hauptet in der „Magdeburger Zeitung", daß die Liste Nr. 2 r bewilligten Firmen dieselben Namen enthalte wie die ste Liste. Wenn die Unternehmer die Liste einmal durchhen wollen, werden sie erkennen, daß diese ihre Behauptung nwahr ist. Als Arbeitswillige fungieren Inspektoren, Buauangestellte und Leute, die seit fast 10 Jahren nicht auf hiffahrt waren. Schiffahrtskundige Arbeitswillige sind icht zu haben, denn die Organisation umfaßt mit wenigen usnahmen alle Mannschaften. Die Behörden arbeiten mit ochdruck gegen die Ausständigen, namentlich in Magdeburg; ort sind Mitglieder der Streikleitung verhaftet. Die den treikenden zur Verfügung stehenden Dampfer und Barkassen erden ständig beobachtet und verfolgt. Auch auf den Dörern sind die Behörden angewiesen, die Streikenden zu beobhten; es wird denn auch den Streikposten ihre Tätigkeit ach Möglichkeit erschwert. Trotzdem nimmt die Bewegung von Tag zu Tag größere Ausdehnung an. rbeitswillige verlassen unterwegs die Schiffe und melden ch in den Streikbureaus, weil sie die Schiffsarbeit nicht verichten können. Bürgerliche Zeitungen wissen von Zusamenstößen der Streikenden mit Arbeitswilligen zu berichten. n Schandau sollen die auf den Schiffen befindlichen Arbeitswilligen mit Steinen beworfen worden sein. Davon ist doch selbst den Behörden nichts bekannt. In den nächsten Tagen finden wieder Verhandlungen mit größeren Betrieben tatt. Trotz der verzweifelten Anstrengungen des Unternehmerverbandes haben die bewilligten Firmen ihre Zugeständnisse nicht zurückgezogen. Wie ungünstig die Sache des Unternehmerverbandes steht, geht aus einem Artikel der „Magdeburger Zeitung" hervor, in dem es heißt: „. . . Wenn heute den im Arbeitgeberverbande vereinigten Unternehmern die Arbeit im Kampfe mit den sozialdemokratischen Organisationen erschwert wird, so liegt die Schuld in erster Linie auf Seiten jener Herren, welche augenblicklicher kleiner Vorteile wegen die großen Ziele nicht erkannt haben." Diese Zeilen beweisen, daß die Wirkung des Streiks größer ist, als es von den Unternehmern zugegeben wird. Der Verkehr auf der Elbe, Oder und den märkischen Wasserstraßen ruht fast völlig, nur die geregelten Firmen haben volle Beschäftigung.

Streik in der Textilindustrie in Sommerfeld (Lausitz). Eine größere Lohnbewegung ist zurzeit in der Sommerfelder Textilindustrie im Gange. Die Weberinnen und Spinner verlangten 10 % Lohnerhöhung, für die in Stundenlohn Beschäftigten wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pfg. gefordert, und für die Weberinnen Bezahlung der Vor- und Nebenarbeiten. Die Unternehmer haben zugestanden: für Weberinnen und Spinner ab 1. April 5 %, für die Weberinnen ab 1. Oktober weitere 5 % Lohnerhöhung, für die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiterinnen 1½ Pfg. und für Arbeiter 2 Pfg. pro Stunde mehr; außerdem für die Weberinnen für Anknüpfen pro 100 Faden 3 Pfg. Die Arbeiter haben die Zugeständnisse als nicht zureichend vorläufig abgelehnt. Augenblicklich sind ca. 700 Personen im Ausstande. Verhandlungen werden inzwischen weitergeführt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Breslau wurden 11 von den freien Gewerkschaften aufgestellte und 40 bürgerliche Unternehmerbeisitzer und 44 freigewerkschaftliche, 4 christliche und 3 hirsch-dunckersche Arbeiter als Beisitzer gewählt. Unsere Gewerkschaften haben mithin auch unter der Verhältniswahl die große Mehrheit der Beisitzer.

Zum Streik der Krefelder Seidenfärber. Am 8. Dezember hatten die Färber den neuen Tarifvorschlag der Unternehmer abgelehnt. Die Unternehmer wollten den Tarif auf 4 Jahre verlängern, boten aber den Arbeitern weiter nichts als eine sofortige Lohnerhöhung von 1 Mk. und am 1. 12. 13 eine weitere Zulage von 50 Pfg. Die Arbeitszeit sollte wie bisher 60 Stunden pro Woche betragen. Die Arbeiter forderten dagegen generell eine weitere Zulage von 50 Pfg. wöchentlich und am 1. 12. 13 eine nochmalige Zulage von 50 Pfg. sowie für alle Arbeiterinnen 1 Mk. mehr, außerdem Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden. Mit Ablehnung des Tarifs zogen die Unternehmer die gemachten Zugeständnisse zurück, und es wurde ohne Tarif gearbeitet. Am 27. Januar wurden neue Verhandlungen eingeleitet. Als Ergebnis machten die Unternehmer das Zugeständnis: Die für 1. Dezember vorgesehene Zulage von 50 Pfg. am 1. Juli eintreten zu lassen und die Arbeitszeit auf 59 Stunden zu verkürzen. Der Tarif sollte dann vom 1. März 1913 bis 6. Dezember 1916 laufen. Bei dieser langen Tarifdauer waren die Zugeständnisse nicht als ausreichend anzusehen. Die Färber stellten deshalb die Arbeit ein. Beteiligt sind rund 2600 Personen, von denen 2300 dem Deutschen Textilarbeiterverband angehören, der Rest verteilt sich auf andere Organisationen.

Die geheime Feme. Offen und geheim, aber gewiß mehr geheim als offen betreibt das Ausbeutertum den Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. Neben den schwarzen Listen sind es die Führungslisten, die das Scharfmachertum angelegt hat und aus denen es Auszüge an Unternehmer liefert, die einen Arbeiter einstellen wollen. Das geht unbestreitbar wieder aus einem — notabene vertraulichen — Schreiben hervor, das die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik an eine andere Leipziger Firma richtete und das wie folgt lautet:

„Vertraulich! Wahren-Leipzig, den . . . . .

Wir beabsichtigen den Fräser . . . . . aus . . . . . bei uns zu beschäftigen. — Da derselbe angibt, vom . . . . . bei Ihnen gearbeitet zu haben, so bitten wir Sie, uns umseitig gefl. mitzuteilen, ob Sie den Genannten als fleißig, ordentlich und nüchtern empfehlen oder ob Sie sonst Nachteiliges über denselben berichten können.

Für Ihre gefl. Bemühungen danken wir Ihnen im Voraus und sichern Ihnen strengste Verschwiegenheit zu.

Zu Gegendiensten stets gern bereit, zeichnen

hochachtungsvoll

Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik
vorm. W. von Pittler, Akt.-Ges."

Das „sonst Nachteilige" bezieht sich natürlich auf die Organisationszugehörigkeit des Arbeiters usw., ob er ein „Hetzer" und dergl. ist; wie sich das „ordentlich" darauf bezieht, ob er sich vom Meister schikanieren läßt, Lohnabzüge ruhig hinnimmt, willig Überstunden leistet und was sich sonst noch alles für einen ordentlichen Arbeiter im kapitalistischen Sinne gehört. Das schlimmste ist aber, daß diese „Führungslisten" ohne alle Kenntnis und Kontrolle des betreffenden Arbeiters geführt werden, daß es von dem bösen oder guten Willen der Meister usw. abhängt, wie der geheime Steckbrief ausfällt. Die alte Feme gewährte dem Angeklagten immerhin noch das Recht der Verteidigung, wenn auch seine Richter ihm unbekannt blieben. Der moderne Unternehmer arbeitet aber völlig aus dem Hinterhalt.

Aus der Jugendbewegung.

Die Pfadfinderwaffe in der Schule. In Degerloch sollte, so wurde aus Stuttgart gemeldet, am Mittwoch vormittag ein Knabe durch einen von unbekannter Hand abgegebenen Schuß am rechten Oberschenkel verletzt worden sein. Die mysteriöse Angelegenheit hat sich jetzt aufgeklärt. Unserm Stuttgarter Parteiblatt wird geschrieben: Der verletzte 13jährige Knabe, ein „Pfadfinder", spielte in der Schule während des Unterrichts mit einer Schußwaffe, die sich dann entlud und das Geschoß dem Knaben in den Schenkel drang. — Heil der bürgerlichen Jugenderziehung! Wenn der Lehrer vor den Kugeln der patriotischen Jugend nicht mehr sicher ist; wenn die Eltern befürchten müssen, daß ihre Kinder, die neben solchen „Helden" im gleichen Schullokal sitzen, eines Tages als Krüppel heimkommen, dann muß man doch überzeugt werden, daß die bürgerliche Jugendbewegung auf dem rechten Wege ist.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 5 des fünften Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Fürsorge. — Von den Bundesstaaten. — Tage der Kindheit. Von Wilhelm Schröder. — Das Herz und die Blutgefäße. Von A. Lipschütz (Mit Abbildungen). — Fußballklubs. — Die Gegner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage. Aus der Jugendbewegung usw. Beilage: Der Apachen-Überfall. Erzählung von Owen Wister. — Auf der Walze in Italien. Reisebrief von Max Barthel. — Vom Mammut, dem Riesen der Vorzeit. Von O. Thorwald (Mit Abbildungen). — Lessing (IV. Nathan der Weise; letzte Jahre). Von E. Hoernle. — Lehrlingsstreiche. Von August Wysocki. — Die Flamme. Gedicht von Emma Döltz.

Aus dem Gerichtssaal.

Was ein Adliger nicht darf. In Schwarzenbach lebt ein adliger Invalide, der vordem als Steinbrucharbeiter in Münchenreuth arbeitete. Er besitzt das Adelsprädikat eines Freiherrn von Reitzenstein. Zuletzt war der Mann als Bruch- und Schußmeister beschäftigt, verunglückte aber dadurch, daß ihm beim Steinsprengen eine Hand abgerissen wurde. In seiner auf Grund des Unfalles an die Behörden gerichteten Eingabe nannte er sich nach seinem richtigen Namen „von Reitzenstein". Darin sah man aber ein Vergehen, ja er wurde deshalb zu einem Tage Haft verurteilt, denn er dürfe seinen Adelstitel nicht führen, wenn er „niedere Arbeiten" verrichte, und die erste Instanz hatte eben die Tätigkeit des Bruch- und Schußmeisters als niedere Arbeit betrachtet. Der Mann legte Berufung beim Landgericht ein und dieses sprach den Herrn Johann Heinrich Christian von Reitzenstein denn auch frei. — Hätte der Mann sich als Hochstapler und Schwindler durchs Leben geschlagen, würde ihn wohl dann jemand daran gehindert haben, seinen Adelstitel zu führen? Wir bezweifeln es, doch die erste Instanz muß es ja gewußt haben, was sich für einen Adligen paßt.

Milde Justiz. Vor dem Schöffengericht Neuhaldensleben war der Arbeiter Willi Horst wegen Körperverletzung angeklagt. Er hatte im Oktober 1912 den Arbeiter Börtfeld schwer mißhandelt, indem er ihn derart heftig gegen den Kopf schlug, daß der Mißhandelte zu Boden stürzte, wo ihm dann der Angeklagte noch mehrere Tritte mit dem Stiefelabsatz gegen den Kopf versetzte. Der mißhandelte Börtfeld wurde so schwer verletzt, daß er sich noch immer im Krankenhaus befindet; es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Die Ursache der Mißhandlung soll darin gelegen haben, daß der Verletzte nach der Aussage eines als Zeuge vernommenen Polizeikommissars dem Angeklagten das Wort „Katzmann" zugerufen habe. Das bedeutet nach der Aussage des Zeugen soviel wie Schmarotzer und soll darauf Bezug gehabt haben, daß der Angeklagte vor einigen Jahren gelegentlich eines Kutscherstreiks als Arbeitswilliger aufgetreten ist. Das Gericht erkannte auf die gelinde Strafe von einer Woche Gefängnis. Die Strafe fiel so milde aus, weil das Gericht, gestützt auf die Aussagen ärztlicher Sachverständiger, annahm, daß die schwere Krankheit des Mißhandelten — Nervenlähmung — keine unmittelbare Folge der Mißhandlung sei. — Wie wäre es wohl gekommen, wenn die Rollen vertauscht gewesen wären? . . . .

Aus Nah und Fern.

Ein gemeiner Bubenstreich. Wir berichteten gestern kurz von einem schweren Automobilunglück in der Nähe von Berlin, bei Hennigsdorf, dem zwei Menschen zum Opfer gefallen sind. Dieses Unglück ist die Folge eines ganz gemeinen Streiches. Noch nicht ermittelte Täter hatten quer über die Chaussee ein dickes Drahtseil zweimal gespannt und so den Fahrdamm gesperrt. Als das Automobil des Goldwarenhändlers Rudolf Plunz aus der Brunnenstraße 81 in Berlin die Chaussee passierte und der am Steuer sitzende Besitzer in der Dunkelheit die Seile nicht sah, sauste das Auto mit voller Kraft gegen die Seile. Herr Plunz und seine Frau wurden durch das in Höhe von etwa zwei Meter gespannte Seil buchstäblich geköpft und die 18 Jahre alte Tochter Else am Kopf und Gesicht schwer verletzt, während die 17jährige Tochter Anna wie durch ein Wunder unverletzt davonkam. Eine befreundete Familie des Juweliers folgte in kurzer Entfernung in einem zweiten Automobil, dessen Führer noch rechtzeitig bremsen konnte. Sie fuhren mit den Verunglückten nach Hennigsdorf, wo das Ehepaar in die Friedhofshalle gebracht wurde, während die schwerverletzte Tochter nach Berlin übergeführt wurde. Die Verfolgung der unbekannten Verbrecher, die durch das zweite Automobil von dem beabsichtigten räuberischen Überfall abgehalten worden sein dürften, wurde sofort aufgenommen, hat jedoch zu einem greifbaren Ergebnis noch nicht geführt. — Die „B. Z." meldet: Die Verletzungen der 19jährigen Tochter Else des bei dem Automobilunfall umgekommenen Juwelierehepaares Plunz sind nicht lebensgefährlich. Jedoch hat man ihr den Tod der Eltern noch nicht mitgeteilt. Das Drahtseil, das über die Chaussee gespannt war, war 30 Meter lang und mehr als fingerdick, wie man es für Fahrstühle oder auf Schiffen verwendet. Das Seil war übrigens nicht zerrissen. Plunz war in voller Geschwindigkeit gegen das Seil gefahren, so daß es ihm die Kehle vollständig aufriß. Frau Plunz war das Seil über die Augen gegangen. Sie hat vermutlich beim Sturze aus dem Wagen das Genick gebrochen. Das Automobil ist verhältnismäßig nicht stark beschädigt. Der Inhaber einer Tonwarenfabrik in Marwitz zeigte an, daß das Drahtseil am 19. Februar aus seiner Fabrik von einem Packen, der sich vor der Fabrik befand, gestohlen wurde. Die Firma Adam Opel-Berlin setzte auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 600 Mark aus. Weiter hat der Regierungspräsident von Potsdam 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Ferner hat der Kaiserliche Automobilklub nach einer Besprechung mit dem Leiter der Berliner Kriminalpolizei eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt, deren Verteilung er sich nach der eventuellen Ermittlung der Täter vorbehält.

Zwei Bilder aus der besten aller Welten. In Schneidemühl, in der letzten Stadtverordnetensitzung machte Oberbürgermeister Dr. Krause die Mitteilung, daß Schneidemühl demnächst einen Flugstützpunkt für drei Flieger sowie einen Luftschiffhafen erhalten soll. Für ersteren sind 20000 Mark und für letzteren 400000 Mark erforderlich. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die Bauten schon während der diesjährigen Kaisermanöver in Benutzung genommen werden können. Diese Mitteilungen des Oberbürgermeisters wurden mit großer Freude aufgenommen. Zu derselben Zeit stand in der „Schneidemühler Zeitung" folgendes zu lesen: „In zwei Tagen sind dem Arbeiter Kl. seine beiden Kinder durch den Tod entrissen worden. Als der Vater vom Begräbnis des ersten Kindes nach Hause zurückkehrte, fand er das zweite Kind tot vor. Vermutlich sind beide Kinder an Entkräftung gestorben, da die Eltern in bitterster Not leben und nicht die geringsten Geldmittel besitzen. Wochenlange Arbeitslosigkeit des Mannes hat das Elend in dieser Familie so groß werden lassen." Das ist ein geradezu erschütterndes Bild unserer so gepriesenen Zustände. Dieselbe Gesellschaft, die Hunderttausende zur Verfügung hat, wenn es gilt, Luftschiffhallen usw. zu bauen, läßt arme Menschenkinder buchstäblich verhungern, sie kann nicht so viel aufbringen, um ein paar Kinder satt zu machen, wenn der Ernährer arbeitslos ist.

Bootsunglück auf der Weichsel. Aus Danzig wird gemeldet: Bei der Heimkehr vom Bockbierfest ließ sich Montag morgen der Wächter Blank mit seiner Frau und zwei Töchtern vom Hofbesitzer Görtz und dessen Schwiegersohn Manski von Weichselmünde nach Neufahrwasser in einem Boot über die Weichsel setzen. Infolge Eisganges kenterte das Boot in der Mitte des Stromes und alle Personen stürzten ins Wasser und ertranken. Bisher sind zwei Leichen geborgen worden.

Drei Automobilverbrecher, die mit Revolvern und Betäubungsmitteln ausgerüstet waren, überfielen nachts auf dem Broadway in Neuyork einen Juwelier und raubten Juwelen im Werte von neuntausend Dollar. Nach einem Revolverkampf mit Polizeibeamten entflohen die Verbrecher, wobei sie sich nach einander zweier Automobildroschken bedienten. In der ersten ließen sie einen Teil der Beute im Werte von siebentausend Dollar liegen.

Vier Kinder ertrunken. Sonntag nacht ist in der Nähe von Amsterdam eine holländische Tjalk gesunken. Die Besatzung konnte sich retten, während die vier kleinen Kinder des Schiffers den Tod durch Ertrinken fanden.

Sturmszenen in der Wiener Hofoper. Die Wiener Hofoper war Sonntag der Schauplatz eines Theaterskandals, wie ihn, in Wien wenigstens, noch kein Hoftheater erlebt hat. Man gab Meyerbeers „Hugenotten". An Stelle der erkrankten Sängerin der Valentine, Frau Lucie Weidt, war im letzten Augenblick, um die Vorstellung zu ermöglichen, eine Frau Kempter-Jarno eingesprungen. Schon in dem Duett des zweiten Aktes mit Marcell, den Herr Corvinus nicht zur Zufriedenheit des Publikums sang, kam es, als auch der Gast infolge einer Indisposition und durch die schlechte Schulung ihrer an und für sich schönen Stimme versagte, zu lauten Kundgebungen des Publikums, zu Pfui- und Abzugsrufen, die die ganze Pause zwischen dem dritten und vierten Akt durchdauerten. Insbesondere tobte die Galerie gegen den Direktor Gregor, dem sie die Schuld an den sich immer mehr häufenden ungenügenden Vorstellungen in der Oper zuschiebt. Zu Beginn des vierten Aktes konnte der Kapellmeister Reichenberger mit dem Vorspiel nicht beginnen, weil das Publikum sich nicht beruhigen konnte. Das Orchester setzte nicht ein, es mußte abgeklopft werden. Der Regisseur Herr Wymetal trat vor und wurde mit Zischen und Pfeifen empfangen, entschuldigte die Sängerin wegen ihrer Indisposition und erklärte, daß er die Oper, da sich die Indisposition gesteigert habe, mit der Schwerterweihe des vierten Aktes schließen lassen werde, sodaß das große Duett mit Raoul und der fünfte Akt wegbleiben müßte. Auf diese Ankündigung erreichte die Demonstration des Publikums ihren Höhepunkt. Es konnte überhaupt nur mit Mühe und Not und unter fortwährenden Demonstrationen des Publikums weitergespielt werden, worauf die Vorstellung dann vorzeitig mit der Schwerterweihe schloß. Die Demonstrationen wurden auf der Straße fortgesetzt, und die Polizei mußte in mehreren Fällen einschreiten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bienenfleiß kein Kunsthonig mit Zusätzen minderwertiger Surrogate, wie Kartoffelmehl, Buttermilch, Stärkesirup, chem. Farbstoffen etc sondern „Bienenfleiss“ enthält nur rein **deutsche** Honigarten und Raffinade
Man achte auf unverletzte Verschluß-Schutzstreifen.

Öffentliche politische Versammlung.

Mittwoch, den 5. März, abends 8½ Uhr,

Grosse

Volksversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisst

Tages-Ordnung:

1. Die Lage auf dem Balkan und die deutsche Politi

Referent: Reichstagsabgeordneter **Hermann Wendel**-Frankfurt a. M.

2. Freie Aussprache.

Parteigenossen! Arbeiter! Sorgt für einen Massenbesuch dieser hochwichtigen Versammlung!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

(1514) **Paul Löwigt**, Johannisstraße 46.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, unsern herzlichen Dank aus.

1625. **Dorathea Lienshöft nebst Kinder.**

Ein guterhalt. Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. 1610) Schönkampstraße 19, I.

Kleiderschrank, Bettstelle m. Matratze u. eine **Plüsch-Garnitur** zu verk. Krempelsdorf, Dornbreite 106. 1627) Zu besehen nach 6 Uhr abds.

2 gute Fahrräder billig zu verk. (1597) Untertrave 65.

Eine zusammenlegbare Sportkarre mit Gummireifen zu verkaufen 1611) Ludwigstraße 5, I.

Ein guterh. Küchenschrank zu verkaufen. 1600) Kronsforder Allee 103.

Ein guterh. Herren-Fahrrad mit Freilauf u. Rücktrittbremse zu verk. (1618) Langer Lohberg 1, II.

Eine guterhalt. Sportkarre mit Gummireifen u. Nickelgestell zu verk. (1615) Lang. Lohberg 53, I.

Einen großen **Ziehhund** billig zu verk. (1619) Dankwartsgrube 15.

Guterhaltener Kinder-Kla wagen billig zu verkaufen. 1612) Ernestinenstr. 6a, Nach 6 Uhr abends.

Ein eisener Regulier-Ofe mit Kachelfuß und Rohrleitung. 1605) Düvekenstraße 8, p

3 Zuchthähne (Goldwyando **1 Kimono-Bluse** für Konfirman u. **2 Marine-Mützen** für Kna zu verkauf. (1604) Stitenstr. 8

50 schicke Damen-Masken-K billig zu vermieten. (1 Breite Straße 24, part. Flü

2 Damen-Masken-Kostüm Tscherkessin und Marketenderin verm. (1599) Attendornstr. 3,

Gefunden eine **Damenuhr** m Kette. 1603) Kottwitzstraße 56, I. rech

Verloren ein gr. **Fell-Por monnaie** m. Inha Gegen Belohnung abzugeben 1602) Teichstraße

Verloren auf dem Ball des M tallarbeiter-Verbandes im Gewe schaftshaus eine **Rettungsmedaill** 1608 Abzug. im Gewerkschaftsha

Verloren in Schwartau von Hol Kronprinz bis Mitte Augustfrat eine **Herren-Perücke.** Abzuge geg. Belohn. Kaltenhof 20. (16

Feine Wäsche und Wäsche f junge Leute wird gewaschen u geplättet. Frau **Techow,** Ziegl straße 23c. Daselbst ein möblier Zimmer zu vermieten. (16

Rechnungsformulare werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lüb. Volksbote** Johannisstraße 46.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich. (1596

W. Schapert und Frau,
geb. Schomaker.

Heute morgen 2 Uhr starb plötzlich nach kurzer schwerer Krankheit, in ihrem 71. Lebensjahre, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urgroßmutter

Johanna Holldorf
geb. Bever.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von allen, die ihr nahe standen.

W. Wittern u. Frau geb. Bever.
J. Bössow u. Frau geb. Holldorf.
Ad. Löwigt u. Frau geb. Holldorf.

Lübeck, den 4. März 1913.
Kronsforder Allee 17. (1590

Die Beerdigung findet am Freitag, d. 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Vorwerk statt.

Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie seinen Kollegen der Genossenschaftsbäckerei für die ehrende Anerkennung, dem Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund Germania und dem Bezirk Nordwestlicher Berlin sagen herzlichen Dank.

1617 **A. Lowack**
und Kinder.

Suche eine kleine Wohnung, 2 Zimmer oder 1 Zimmer u. Küche. Offerten unter **A F** an die Expedition d. Bl. (1628

Suche eine 2-Zimmer-Wohn. für Ehepaar mit einem gr. Kind. Offerten unter **L B** an die Expedition dieses Blattes. (1614

Ein Herren gebrauchtes **Fahrrad** zu kaufen gesucht. Angebote unter **S K** an die Expedition dieses Blattes. (1621

Vorzüge der Knorr-Suppenwürfel:

Hervorragende Qualität: Jede Sorte hat den richtigen Eigengeschmack, von hausgemachten Suppen nicht zu unterscheiden.

Hoher Nährwert: Die in der Suppe gut aufgelösten Nährstoffe werden vom Körper viel besser ausgenützt als feste Speisen.

Reiche Auswahl: Es gibt 45 Sorten Knorr-Suppen passend für jeden Geschmack.

Grosse Ausgiebigkeit:
1 Würfel reicht für 3 gute Teller Suppe.

Billiger Preis:
1 Würfel (3 Teller) nur 10 Pfg.

1601)

Charles Dickens' ausgewählte Werke

in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: **Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Derrit** und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Visiten-Karten

empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Schulschreibhefte

mit den neuen Linaturen sind zu beziehen durch die

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.